

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 79

vom 5. Mai 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r sowie die Bundesminister Dr. R a m e k, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, Dr. R e s c h, V a u g o i n, Dr. G r ü n b e r g e r und Dr. P e s t a.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Vizepräsident Dr. P a n t z;  
ferner zu Punkt 1: vom Bundesministerium für Finanzen: Ministerialrat Dr. S c h w a r z w a l d.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 11.00 – 13.30

*Reinschrift (7 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, einfaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll*

I n h a l t:

1. Die Vorschläge der Völkerbunddelegierten und das Finanzprogramm der Bundesregierung.
2. Beschlüsse des Tiroler Landtages, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 bzw. 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank.
3. Anhaltung von Weizentransporten in Aachen durch die interalliierten Besatzungsbehörden.

Beilagen

Beilage zu Punkt 1, [Bundesministerium für Finanzen], ohne Zahl, Antwortnote der Bundesregierung auf die Vorschläge der Völkerbunddelegierten und das Finanzprogramm der

Bundesregierung vom 5. Mai 1921 (4 ½ Seiten); Budgetäre Maßnahmen auf Grund des Finanzplanes (3 Seiten); Auszug des Neuen Wiener Tagblatts vom 1. Mai 1921 (4 Seiten) Beilage zu Punkt 2, Bundesministerium für Inneres und Unterricht, ohne Zahl, Ministerratsvortragsauszug (1 Seite) Beschlüsse des Tiroler Landtages vom 27. September 1919 und 20. Jänner 1921, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 bzw. 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank

## 1.

### *Die Vorschläge der Völkerbundelegierten und das Finanzprogramm der Bundesregierung.*

B.-M. Dr. G r i m m erörtert einleitend die Entwicklung des vom Bundesministerium für Finanzen aufgestellten und heute unterbreiteten Finanzprogramms. Das von den in Wien weilenden Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes der Regierung am 28. v. M. übergebene und inzwischen auch in der Presse veröffentlichte Memorandum als bekannt voraussetzend, legt Redner dar, daß die Aufgabe der Regierung darin gipfle, durch ein gleichzeitiges Zusammenwirken von gewissen im Innern zu treffenden Maßnahmen mit der im Auslande aufzunehmenden Anleihe und der Errichtung einer Notenbank das Gleichgewicht im Staatshaushalte und damit die Stabilisierung der Krone zu erreichen. Durch dieses Finanzprogramm, welches in seinen Grundzügen bereits aufgestellt gewesen sei, bevor das Memorandum der Delegierten des Völkerbundes vorgelegen sei, solle letzteres nun seine Beantwortung finden. Vorher müsse jedoch die formelle Zustimmung und Bindung der politischen Parteien erlangt werden. Nach Auffassung des Redners werde die sozialdemokratische Partei in den wesentlichsten Belangen ihre Zustimmung nicht versagen, so daß die Vorschläge seines Programms wenigstens im Effekte unverändert bleiben würden. Die bürgerlichen Parteien hätten, soweit Redner beurteilen könne, eine Gegnerschaft gegen seine Pläne nicht erkennen lassen.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß er bei seinen Verhandlungen mit den Parteien bisher den Eindruck gewonnen habe, daß das Finanzprogramm im großen und ganzen Annahme finden werde. Die sozialdemokratische Partei hätte allerdings den Wunsch geäußert, daß die Frist für ihre Stellungnahme bis zum morgigen Tage erstreckt werden möge; bis dahin werde die Partei ihre Bemerkungen auch schriftlich formuliert haben. Die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien würden im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden.

B.-M. Dr. G r i m m erklärt, daß sich die aus seinen Finanzplänen resultierende politische Belastung auf die Parteien ziemlich gleichmäßig verteile. Er bringt sodann nachstehenden

Entwurf einer den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes seitens der österreichischen Regierung zu überreichenden Antwortnote zur Verlesung:

„Die Regierung versteht die schriftlichen und mündlichen Darlegungen der Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes dahin, daß der seitens der Regierung vorzulegende Finanzplan mit den vom Finanzkomitee des Völkerbundes zu organisierenden ausländischen Hilfsmaßnahmen ein einheitliches Ganzes bildet, so daß jede der vereinbarten Maßnahmen von der Durchführung aller anderen bedingt ist. Die ungeheure Anspannung der Steuerkräfte des Landes; die Überwälzung der vollen Lebensmittelpreise auf den Konsum; die daraus folgende Verteuerung der Lebenshaltung; die weitgehende Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes; diese schweren Opfer kann die Regierung und das Parlament der Bevölkerung nur dann mit Aussicht auf Erfolg zumuten, wenn die übrigen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes in Aussicht genommenen Maßnahmen wirksam in Vollzug kommen und in der Tat zur Heilung des Geldwesens, zur Stabilisierung der Valuta und damit zur Gesundung der gesamten Staats- und Volkswirtschaft führen. Insbesondere wird dabei angenommen, daß für die nächsten zwei Jahre die notwendigen ausländischen Zahlungsmittel bereitgestellt werden, um die Bezahlung der Lebensmittel, welche Österreich importieren muß, sicherzustellen und damit sowohl die Beschaffung der notwendigen Nahrung, als auch die Entlastung des Valutamarktes sowie einen Beitrag zum notleidenden Staatshaushalt bis zur Vollendung seines Neuaufbaues sicherzustellen. Soll ferner nicht jeder ernste Finanzplan sofort nach seiner Aufstellung hinfällig und das Werk der Valutaregulierung nicht schon im Entstehen kompromittiert werden, so müßte in möglichst kurzer Frist der Staat in die Lage kommen, mit der Inanspruchnahme der Notenpresse aufzuhören; die fortlaufende Notenvermehrung um etwa 6 bis 7 Milliarden monatlich würde sonst in wenigen Monaten die ganze Grundlage eines Finanzplanes wie einer Valutareform umstürzen. Die Regierung hält es daher für dringend notwendig, und richtet an das Finanzkomitee des Völkerbundes die dringende Bitte, Mittel und Wege zu finden, um noch vor Durchführung seiner großen Finanztransaktionen die für die Beschaffung der Lebensmittel im Auslande notwendigen Kredite vorschußweise zu beschaffen, um die Notenausgabe zu ersparen.

Um den Schwankungen des Geldwertes ein Ende zu machen und die Valuta zu stabilisieren, ist Österreich ferner bereit, einer neuzubildenden Aktiengesellschaft, an der sich das ausländische Kapital zureichend beteiligt, das ausschließliche Recht der Notenausgabe zu verleihen, wobei eine gehörige Teilnahme Österreichs an der Verwaltung des neuen Institutes gesichert werden muß. Die neue Notenbank hätte die Verpflichtung zu übernehmen, den

festzusetzenden Goldkurswert der Krone aufrechtzuerhalten, und zwar auch in der Zeit vor der in Aussicht zu nehmenden künftigen Aufnahme der Barzahlungen. Die Relation, die für den künftigen Goldkurswert der Krone maßgebend zu sein hat, kann nicht festgelegt werden, bevor die Durchführung der Kredittransaktionen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes, die Gründung der Notenbank und die uns zu erteilenden Vorschüsse sowie die davon abhängende endgültige Höhe der Notenzirkulation feststehen. Die Relation ist daher späterer Feststellung, und zwar bei Gründung der Bank, vorbehalten. Die damit verbundene endgültige Herabsetzung des jetzt noch gesetzlichen Goldwertes der Krone ist ein schweres Opfer großer Kreise der österreichischen Bevölkerung. Dieses Opfer kann nur gebracht werden, wenn die Feststellung des Geldwertes auch wirklich definitiv und gesichert ist. Die endgültige Festsetzung einer neuen Geldeinheit ist also von der Durchführung sämtlicher Sanierungsmaßnahmen bedingt und könnte ohne sie nicht in Aussicht genommen werden.

Zur Sicherung der ausländischen Kredite sowie zur Sicherung der Schulden des Staates gegenüber der neuen Notenbank, welche die österreichische Notenzirkulation gänzlich als eigenes Passivum zu übernehmen haben wird, wird die österreichische Regierung, wie schon in den bisherigen Verhandlungen in London und Paris in Aussicht genommen, Einnahmen aus bestimmten Quellen zur Verfügung stellen, wofür speziell die Einkünfte aus dem Tabakmonopol und aus dem Zollgefälle, gegebenenfalls auch die Einnahmen aus den Staatsforsten in Aussicht genommen werden könnten. Zur Stärkung der Stellung der Notenbank wird der Staat die ihm etwa aus der Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank zufallenden Aktiven der neuen Bank übergeben, welche ihn entsprechend dem Werte von der Notenschuld entlasten wird. Ebenso wird der Staat Bareingänge, die ihm aus der Veräußerung von staatlichen Vermögenschaften zufließen sollten, zur Rückzahlung auf seine Schuld an die Bank verwenden. Die Kontrolle über die Verwendung der verpfändeten Einkünfte sowie über die Ausführung aller übrigen Teile des vereinbarten Finanzprogramms soll von einem aus Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes zusammengesetzten Komitee unter Mitwirkung der österreichischen Regierung oder ihrer dazu bestellten Vertreter ausgeübt werden. Außerdem ist Österreich damit einverstanden, den Kreditgebern eine besonders wirksame moralische und wirtschaftliche Garantie dadurch zu gewähren, daß alles unbewegliche Privatvermögen in Österreich mit 4 Prozent seines Vorkriegswertes mit einem gesetzlichen Pfandrechte zu Gunsten der erwähnten Kreditgeber belastet wird, so daß der Realbesitz für Zinsen und Kapitalsraten der Sanierungsschulden subsidiär in dem Falle haftet, wenn die speziell verpfändeten sowie die übrigen Staatseinnahmen für den Dienst dieser Anleihe nicht auskommen sollten. Dieses allgemeine gesetzliche Pfandrecht soll ohne

Rücksicht auf sonstige grundbücherlich eingetragene Pfandrechte an erster Stelle stehen.

Die österreichische Regierung hat für die nächsten zwei Jahre einen Plan aufgestellt, um unter Heranziehung aller Steuerquellen und fortschreitendem Abbau der Lebensmittelsubsidien die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte herbeizuführen. Trotz weitgehender, fast an die Grenze des Möglichen reichender Anspannung wird in den nächsten zwei Jahren ein Abgang sich ergeben, zu dessen Bedeckung weitere Kreditoperationen erforderlich sein werden. Nach der Absicht der Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes soll dasjenige, was nicht durch die Lebensmittelkredite und die Steuereingänge bedeckt oder durch Ersparungen hereingebracht werden kann, durch innere Anleiheoperationen aufgebracht werden. Österreich ist damit einverstanden, muß aber zu bedenken geben, daß an den inneren Kapitalmarkt mit Erfolg erst herantreten werden kann, wenn der Kredit Österreichs und das Vertrauen in den Wert der Krone wieder hergestellt sind. Es ist also erst die vollständige Sicherheit der Durchführung des gesamten Finanzprogramms zu erreichen, bevor gehofft werden kann, innere Anleihen mit Erfolg zu placieren. Andererseits wird, sobald das Vertrauen in den Staat, seine Gebarung und sein Geld mit internationaler Hilfe und unter Mitarbeit der Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes befestigt ist, es keiner Zwangsmaßnahmen bedürfen, um die österreichischen Geldbesitzer zur Zeichnung von Staatsanleihen zu vermögen. Um aber dem Finanzkomitee des Völkerbundes die verlangte möglichste Sicherheit zu gewähren, daß die erforderlichen Kapitalien auch durch inländische Anleiheoperationen, soweit nötig, werden aufgebracht werden, erklärt sich Österreich schon jetzt bereit, die Aufbringung der inneren Mittel durch eine weitere 2proz. Vorzugshypothekarbelastung des österreichischen privaten Realbesitzes zu garantieren.

Beide erwähnten allgemeine Garantiehypothesen sollen bereits auf die neue Währung lauten und damit zum Ausdruck bringen, daß sie von der vorherigen Sicherstellung der Sanierung des Staatshaushaltes und der Währung bedingt sind.

Was die übrigen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes in ihrem Memorandum vom 28. April 1921 gewünschten Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Ganges der Volkswirtschaft anlangt, so ist die österreichische Verwaltung bereit, ihnen so rasch als bei Schonung der Notleidenden möglich, zu entsprechen, zumal diese Wünsche im ganzen der Richtung entsprechen, die die Regierung schon bisher einzuhalten sich bemüht hat.“

Redner erläutert die einzelnen Punkte der Antwortnote des näheren und geht in die Details der auf Grund des Finanzplanes zu treffenden budgetären Maßnahmen ein, welche in solche,

die zur dauernden Ordnung des Budgets im Laufe von etwa zwei Jahren und solche Maßnahmen zerfallen, die schon im Finanzjahr 1921/22 zu treffen wären.

Für die dauernde Ordnung des Budgets kämen folgende Maßnahmen in Betracht: Der vollständige Wegfall der staatlichen Subventionen für Volksernährung, Personalverfügungen verschiedener Art zum Abbau des Personals und Eintritt des Beharrungszustandes für Personalausgaben, Einnahmensteigerungen und endlich die Minderung der Staatsausgaben.

Einnahmesteigerungen sollen erzielt werden bei den direkten Steuern durch intensivere Veranlagung und durch eine dauernde Vermögenssteuer ab 1923. Bei den Zöllen sei an ein neues System gedacht, an eine Scheidung des Tarifes nach Handels- und finanzpolitischer Richtung. Die Verbrauchssteuern, und zwar Getränkesteuern, Zuckersteuer, Mineralöl- und Zündmittelsteuer sollen gleichfalls erhöht werden. Was das Gebührenwesen anbelange, sollen außer sonstigen Gebührensteigerungen die Eisenbahnverkehrssteuern und die Warenumsatzsteuer ausgestaltet werden. Weiters seien vorgesehen eine Erhöhung der geltenden Tabakpreise um 100 Prozent, eine Steigerung des Ertrages aus dem Salzgefälle durch technische Vorkehrungen und Förderung des Exportes, sodann eine Erhöhung der Personen- und Frachttarife bei den Staatsbahnen, sowie der gegenwärtigen Tarife für Post, Telegraph und Telephon, eine Steigerung des Ertrages der Staatsforste und schließlich Ökonomisierung der staatlichen Industrierwerke und die Beseitigung ihres Defizits.

Was die Minderung der Staatsausgaben anbelange, komme in Betracht die Konzentration der Zentralverwaltung sowie intensivere Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft. Der Achtstundentag solle mindestens einer wirklichen achtstündigen Arbeitszeit entsprechen. Die Beseitigung der zentralen Bewirtschaftung und Aufhebung aller Verkehrshemmungen hätte rasch zu erfolgen. Eine ökonomische Wirtschaftsführung hätte platzzugreifen, bei welcher dauernde Ausgaben durch dauernde Einnahmen gedeckt sein müßten.

Redner bespricht sodann die bereits im kommenden Finanzjahr 1921/22 zu treffenden Maßnahmen und stellt fest, daß, soweit sich ein Überblick ermöglichen lasse, mit Staatsausgaben von 114 Milliarden Kronen gerechnet werden müsse. Hiezu kämen noch 4 Milliarden als Zinsenerfordernis für die angestrebten Inlands- und Auslandsanleihen. Wenn auch angenommen werden könne, daß im Laufe des kommenden Budgetjahres durch Erhöhung der Lebensmittelpreise die Hälfte der bisher hiefür erwachsenen Ausgaben, mithin also etwa 13 Milliarden Kronen, erspart werden und daß die einzuführenden Lebensmittel (im Werte von etwa 30 Milliarden Kronen) aus einer Auslandsanleihe bezahlt werden könnten, müßte für die Bedeckung von Ausgaben von wenigstens 101 Milliarden Kronen anderweitig Vorsorge getroffen werden. Redner erörtert die für das erste Jahr in Aussicht genommenen

Einnahmen, die sich aus einer neuerlichen Erhöhung der Getränkesteuern, der Gebühren, der automatischen Eisenbahnverkehrssteuern und Zollzuschläge, einer intensiveren Veranlagung der direkten Steuern, einer Erhöhung der Tabakverschleißpreise um 50 Prozent, dann aus Erhöhungen der Staatsbahntarife und jener für Post, Telephon und Telegraph zusammensetzen und ein Erträgnis von 101 Milliarden Kronen erwarten lassen. Es erübrige sohin immer noch ein Defizit von 17 Milliarden Kronen, für welches durch eine innere Anleihe die Bedeckung gesucht werden müßte.

Redner gibt sodann seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Ausführung dieses Finanzprogramms der staatlichen wie der Volkswirtschaft die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung bieten würde. Sobald die Parteien sich auf dieses Programm verpflichtet haben würden, werden die Delegierten des Finanzkomitees letzterem ihre Vorschläge erstatten, worauf der Völkerbund versuchen werde, Österreich die erstrebten Kredite zu vermitteln. Es sei zu hoffen, daß auch vor diesem Zeitpunkte bereits Vorschüsse geleistet werden würden. Wenngleich es nicht sicher sei, ob sich die Absichten der Finanzdelegierten im vollen Umfang werden verwirklichen lassen, dürfe die Regierung doch diese Möglichkeit einer Sanierung unserer finanziellen Lage nicht aus der Hand geben. Im Falle des Mißlingens würde die Regierung eben ihre volle Handlungsfreiheit wieder erlangen.

Der sprechende Bundesminister richtet sodann einen eindringlichen Appell an die Mitglieder des Kabinetts, sie mögen eingedenk der in der Sitzung vom 22. November v. J. gemachten Zusage, eine Ersparungskalition bilden zu wollen, in ihren Ressorts auf allen Gebieten der Verwaltung energische Abbau- und Ersparungsmaßnahmen durchführen und alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zurückstellen, insbesondere auch alle Subventionen, die nicht werbendes Kapital darstellen. Im besonderen wendet sich Redner an den Bundesminister für Verkehrswesen mit der Bitte, auf sein Personal wegen Zurückstellung der von diesem neuerdings erhobenen Forderungen Einfluß zu nehmen, deren Erfüllung eine Mehrbelastung des Budgets um neue 9 Milliarden Kronen zur Folge haben würde, was als durchaus unerträglich bezeichnet werden müsse. Er bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß das Finanzministerium bis auf weiteres grundsätzlich alle nicht absolut einwandfrei begründeten Forderungen der Ressorts ablehnen werde. Er ersucht weiters, in obigem Sinne auch auf die politischen Parteien entsprechenden Einfluß zu nehmen.

Der V o r s i t z e n d e resümiert, daß das Referat des Bundesministers für Finanzen aus zwei Teilen bestehe, nämlich aus der den Delegierten des Finanzkomitees zu erteilenden Antwort und aus einem an die Mitglieder der Regierung und die Parteien gerichteten Appell, sich die Verpflichtung zur größtmöglichen Sparsamkeit vor Augen zu halten. Schon im

Interesse der eigenen Existenz müßten die Mitglieder der Regierung den Bundesminister für Finanzen ersuchen, hart zu sein und hart zu bleiben. Redner werde für seine Person den Finanzminister nach Kräften unterstützen, und zwar auch gegenüber den politischen Parteien.

B.-M. Dr. G r i m m kommt sodann auf die bisherige Tätigkeit der Ersparungskommission zu sprechen. Er tritt dafür ein, daß auf die Ersparungskommission in dem Sinne eingewirkt werden möge, in Angelegenheit der Beamtenforderungen den Organisationen sowie der Öffentlichkeit gegenüber energisch aufzutreten. Er halte es für rätlich, daß die Ersparungskommission entsprechende Informationen in der Presse veröffentlichen lasse, was die Regierung selbst schwer tun könnte.

B.-M. V a u g o i n erbittet sich Aufklärungen zu einzelnen Aufstellungen des Finanzplanes und weist darauf hin, daß mit dem Aufhören der Abgabe aus Bundesmitteln verbilligter Lebensmittel bei den öffentlichen Angestellten neuerlich eine auf die Erhöhung ihrer Bezüge hinzielende Bewegung einsetzen werde. Es sei kaum zweifelhaft, daß auch die übrigen Festbesoldetengruppen, so die Industriearbeiter usw. unter Hinweis auf das zu gewärtigende rapide Anschwellen der Lebensmittelpreise einen Ausgleich durch Erhöhung ihrer Entlohnung fordern werden. Nach Meinung des Redners können die immer wieder auftauchenden Besoldungsforderungen der Bundesangestellten erst dann zum Stillstand kommen, wenn letztere einer parlamentarischen Einheitsfront gegenüber stehen würden. Die Angestellten, heute nach verschiedenen Kategorien, Berufen und Parteirichtungen organisiert, fänden dermalen immer bei einer der Parteien einen parlamentarischen Rückhalt und die übrigen Parteien seien eben mit Rücksicht auf ihre Wähler gezwungen, die Lohnbewegung mitzumachen. Es sei daher notwendig, die politischen Parteien zu einer einheitlichen Auffassung zu bringen und auf bestimmte und unverrückbare Richtlinien festzulegen. Vielleicht könnte eine von allen Parteien beschickte Organisation geschaffen werden, welche die Regierung vor der Impetuosität Einzelner zu schützen vermöchte. Redner fürchtet, daß die bloße Aufklärungsarbeit allein, in welcher Form immer sie unternommen werden möge, nicht zum Ziele führen werde, und meint, daß das Schwergewicht jedenfalls auf Verhandlungen mit den politischen Parteien gelegt werden müßte.

B.-M. Dr. G r i m m erklärt die Ausführungen des Redners für vollkommen zutreffend und fügt bei, daß der Abbau der Lebensmittelpreise sich ja nicht unvermittelt vollziehen solle. Es werde viel darauf ankommen, den richtigen Moment zu erfassen, der jedenfalls so gewählt werden müsse, daß die Industrie eine gewisse Lohnerhöhung ertragen könne. Dann werde vielleicht auch für die Staatsangestellten etwas geschehen können. Redner kommt auf seinen früher gemachten Vorschlag zurück, wonach in den allernächsten Tagen seitens der



Regierung und der politischen Parteien auf die Eisenbahnangestellten Einfluß genommen werden solle, um neue Forderungen derselben hintanzuhalten, weiters daß die Ersparungskommission sich mit diesem Problem ernstlich befassen und ihre Beschlüsse publizistisch verwerten müsse.

B.-M. Dr. P e s t a legt dar, daß die frühere Einführung der Besoldungsreform bei den Bundesbahnen deren Angestellte gegenüber den sonstigen Bundesangestellten habe ins Hintertreffen geraten lassen, denn letztere hätten unterdessen wiederholt Beförderungen durchgesetzt, die Eisenbahner naturgemäß aber nicht. Wenn die Finanzverwaltung einen geordneten Eisenbahnbetrieb wolle, dann müsse der im Vormonat gegebene Zuschuß auch im Mai und im Juni wieder bewilligt werden.

Der Ministerrat stimmt den Vorschlägen des Bundesministers für Finanzen zu und genehmigt den Entwurf der den Vertretern der Finanzkommission des Völkerbundes zu erteilenden, das Finanzprogramm der österreichischen Regierung enthaltenden Antwort.

Über Antrag des Ministerialrates Dr. S c h w a r z w a l d beschließt der Ministerrat weiters, daß die Delegierten der Finanzkommission ersucht werden mögen, dahin zu wirken, daß der ständige Vertreter der Finanzkommission in Wien möglichst bald seinen Aufenthalt hier nehme.

## 2.

### *Beschlüsse des Tiroler Landtages, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 bzw. 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank.*

B.-M. Dr. R a m e k berichtet über die Beschlüsse des Tiroler Landtages vom 27. September 1919 und vom 20. Jänner 1921, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 beziehungsweise 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank und legt dar, das Bundesministerium für Finanzen habe in Angelegenheit der Aufnahme der beiden Anleihen die Notwendigkeit betont, daß zunächst Aufklärungen darüber einzuholen wären, ob für die Sicherstellung, der beiden Anleihen Immobilien des Landes Tirol verpfändet worden seien, weil in diesem Falle eine Genehmigung der Anleihen seitens der Bundesregierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission nicht erfolgen könne. Andernfalls bestehe vom Standpunkte des Bundesministeriums für Finanzen gegen die Genehmigung der beiden Landtagsbeschlüsse kein Anstand. Da auch um die Zuerkennung der Pupillarqualifikation für die beiden Anleihen angesucht worden sei, werde die Landesregierung aufzufordern sein, die Statuten der

Landesbank zu modifizieren, da nur unter der Voraussetzung, daß gegen die Statuten keine Bedenken obwalten, den Landesanleihen diese Qualifikation zuerkannt werden könnte.

Über Antrag des Redners beschließt der Ministerrat, den vorerwähnten beiden Landtagsbeschlüssen die Genehmigung zu erteilen, sofern zur Sicherstellung der Anleihen Immobilien des Landes Tirol nicht verpfändet wurden.

### 3.

*Anhaltung von Weizentransporten in Aachen durch die interalliierten Besatzungsbehörden.*

B.-M. Dr. Grünberger berichtet, er habe soeben die Verständigung erhalten, daß ein auf dem Wege von Antwerpen befindlicher, für Österreich bestimmter Weizentransport von 78 Waggons durch die interalliierten Besatzungsbehörden in Aachen festgehalten worden sei und nicht weiterrollen dürfe, bevor die von der Commission Interalliée in Coblenz verlangte Kautions im fünffachen Betrage des Warenwertes erlegt worden sei. Da auf die rechtzeitige Ankunft dieses Transportes der größte Wert gelegt werden müsse und weitere Transporte mit Überseeweizen demnächst zur Verfrachtung gelangen sollen - das Eintreffen der betreffenden Dampfer werde stündlich gewärtigt - erbitte Redner wegen ernster Gefährdung der österreichischen Approvisionnement eine sofortige diplomatische Intervention.

Der Ministerrat beschließt in diesem Sinne.

Ministerprotokoll Nr. 79 vom 5. Mai 1921

*Ma: entschuldigt*

*Grimm: Bisher die Finanzaufstellung des Finanzprogramms erfolgt. Am 24. Mitteilung bekommen von Delegierten des Völkerbundes. Aufstellung wie wir unser Budget verbessern wollen. Der Plan geht dahin, gleichzeitiges Zusammenwirken von 2 Maßnahmen. Mit unserer Anleihe und Errichtung einer Notenbank zu Stabilisierung der Krone. Budget auf 100 Ml. zu restring.*

*Wir haben dieses Programm noch nicht überreicht, nur das am 28. übergebene Memorandum, das auch in den Zeitungen publiziert. Die Delegierten haben verlangt, dass Finanzprogramm angenommen werden muss. Die Zustimmung der Parteien zu haben, sehr wichtig. Die Sozialisten werden wohl im Wesentlichen im Effekt beistimmen.*

*Die Grundlinien der Note müsste wenigstens von den Parteien angenommen, müssten auch formell akzeptiert werden von den Parteien, so dass wir auf dieses Einverständnis hinweisen können.*

*Mayr: Die Sozialisten sagen unmöglich heute, erst morgen. Ich spreche mit Seitz, der im großen und ganzen akzeptiert. Aber eine Reihe von Bemerkungen, die auch schriftlich kommen, insbesondere für den Fall, dass sie zur Regierung kommen, verpflichten sie sich zur Durchführung.*

*Grimm: Die allgemeinen Grundzüge können glatt angenommen werden. Eine Belastung ist ja nur für Chrsz.*

*liest: Das Memorandum vom 23.4. brauche ich nicht vorzulesen. Aber ich glaube, dass wir vermeiden müssen ...*

*II Das ist ein ganz besonderer Wunsch Gü gewesen, ich hatte Bedenken, weil wir uns stark binden, wenn wir aber nur solche verkaufen, die extraord. laufen, dann wäre es ganz gewiss eine zweckmäßige Verwendung*

*III Dieses Communiqué haben wir uns so vorgestellt, dass eine gleiche Anzahl des Finanzkomites und der Regierung. Das haben die Delegierten aufmerksam gemacht, dass sie die Interessen des Auslandes zu wahren haben und auf gleiche Stimmenzahl nicht einlassen können. Nun soll punktweise festgestellt werden. In welchem Fall die österr. nur beratend und wenn entscheidendes Votum haben. Aber auch bei bloß constelt. Appellationsrecht wäre vorbehalten. Für Minister, Vertreter des Parl. und des Realbesitzes.*

*4/I Von den Parteien schon angenommen. Für den Zinsdienst die sichergestellten Einnahmen werden die Einnahmen ausreichen. Es werden keine Obligationen ausgestellt werden und keine Pfandbriefe.*

*II Daten. Budget für 100 Ml. zu restring.*

*Zur Regelung der priv. Vorkriegsschulden. Für die Valorisierung der Kreditschulden müssen vom Staat Zuschüsse geleistet werden. Für Zinsendienst und Erfordernis und inneren Anleihen. Zinsenerfordernis 7 Mill. davon schon 3 Mill präal., so dass Differenz ca 4 Mill, das sind 109 und nun kommt die Ziffer von 9 Mill für die Staatsbediensteten. Wir haben darauf aufmerksam gemacht. 118 Ml hätten wir dann Ausgaben. Wenn diese 9 Ml. zugestanden werden, dann haben wir für den Abbau des Defizits ...*

*Nach heutigem Stand. Kurse und Preise vom März: Zuschüsse auf die Hälfte vermindert. Unter der Voraussetzung dass die Krone fest bleibt. 500 M. direkte Stützung Zollzuschläge 1 ½, , Tabakverschleißpr. 50 % erhöht: 4 ½ Ml. Staatsbahntarife nicht linear sondern systemal ... Post, Telgr. 101 Mi. daher: 17 Mi übrig, die durch innere Anleihen aufgebracht werden müssen. Herantritt an Markt und freiwillige Zeichner und Zwangsmaßnahme.*

*5: Das haben die Delegierten als conditio sine ... erklärt. Das ist eine Hypothek, die reell ist.*

*Das ist eine Leistung die der Grundbesitz zu präst. haben wird. Industrie, Landwirtschaft Hausbesitz wird getroffen, damit auch die Banken. Die Sozialisten werden das akzeptieren.*

*Ich habe mitgeteilt, dass das der Fertigung der Parteien bedarf. Damit wäre ein Baustein aufgeführt, an dem der Staat und die Volkswirtschaft sich wird aufrichten können. Die Delegierten des Finanzkomitees würden diesem ihre Vorschläge unterbreiten. Der Völkerbund wird versuchen, uns diese Kredite zu verschaffen, bis dahin Vorschüsse, ob das gelingen wird? Wir dürfen eine Möglichkeit der Sanierung nicht aus der Hand lassen. Gelingt es nicht, so haben wir die Freiheit des Handels. Ich richte die eindringliche Bitte, was wir am 22.11- gelobt haben- Das wird eine Ersparungskoalition. Energische Abbaumaßnahme. Und mit allem sparen, was nicht unbedingt notwendig. Wenn man einsichtig ist, wird Vieles als nicht notwendig bezeichnet werden müssen. Verwaltungsausgaben, es wird nicht ernst genommen. Z.B. was getrieben wird in den einzelnen Ressorts, damit muss unbedingt gebrochen werden.*

*Wir halten die Krone 2 Monate aus. Ich richte den dringenden Appell an den Herrn Eisenbahnminister, dass die 9 Ml. abgewendet werden. Das wären 37 Ml. Personalauslagen. Das ist nicht auszuhalten. Ich bitte auch auf die Parteien einzuwirken, dass mit Verlangen zurückgehalten wird. Subventionen, alle die nicht Invest. sollen zurückgestellt werden. Ich werde genötigt sein alle Ausgabenerhöhungen abzulehnen. Es muss das FM der Hort sein, an dem alles gelegen ist, dass die Sanierung zustande kommt. Wir werden vielleicht zu dem Erfolg kommen, wenn kein Druck auf das F.M. ausgeübt wird. Zunächst werden Forderungen der Ressorts abgelehnt werden.*

*Mayr: Das Referat hat 2 Teile. Antwort an die Delegierten heute zu genehmigen. Appell an die Regierung und Parteien wegen Sparsamkeit. Wir müssen im Interesse unserer eigenen Existenz dem F.M. zurufen hart zu sein und hart zu bleiben. Ich werde den Herrn FM unterstützen wo ich kann. Auch gegenüber den politischen Parteien.*

*Grimm: Bitte um Einwirkung auf die Ersparungskommission. Die bisherige Tätigkeit hat gezeigt, auf welchem Weg sie wandelt. Bezüglich der Beamtenfrage soll sie an die Öffentlichkeit sich wenden. Die Regierung kann das selber schwer tun. Die Ersparungskommission soll Artikel publizieren und den Unterschied zwischen Industrie und Staatswirtschaft, bei den Delegierten hat das einen Eindruck gemacht.*

*Mayr: Man muss den Präsidenten und Vizepräsidenten der Ersparungskommission herbitten und Richtlinien geben.*

*Grimm: Wegen der Beamten soll man gleich einsetzen. Morgen ist eine Sitzung bei der Ersparungskommission.*

*Vaugoin: Zum Beschluss selbst. Ich richte Anfrage. Dieser Plan sagt vor allem, dass der Abbau der Staatzuschüsse für die Lebensmittel erfolgt. Das kann doch nur dann erfolgen, wenn die Stabilität der Krone. Wenn man das zusammen nimmt mit dem Feststehen mit dem Besoldungsverhältnis, das kompl. Wenn Steigerung der Lebensmittelpreise eintritt, da gibt es nur einen Weg. Die Frage der Regulierung der Gehälter hängt damit zusammen, dass die Angestellten in verschiedenen Kategorien und Parteien organisiert sind und dass die radikalsten die der Eisenbahner einfach unzugänglich ist. Die anderen sind nicht die Radikalen. Es wird notwendig, dass ein Einvernehmen aller 3 Parteien erzielt wird. Man müsste da ein Forum schaffen. Solange die Beamten wissen, dass sie da oder dort ein Verständnis finden, dann kann man nicht bremsen. Es müssen Sicherungen zwischen den Parteien gemacht werden, ein Instrument aus den Personalien die die Regierung vor der Impetuosität Einzelner schützen müssen. Es geht nicht durch Erklärung und Versammlung, sondern nur dadurch, dass die Berufe fakt. gemeinsam bremsen. Wenn Tomschik ... dann werden die Leute nicht den Rückhalt haben. Das Kabinett und Ersparungskommission über die die nicht lachten ist das nicht imstande. Junktum besteht zwischen Lebensmittelpreisen und*

*Beamtenstreik wie eine kommunizierende Röhre. Für die christlichsoziale Partei ist es eine schwere Belastung die Hypothezierung auf sich zu nehmen. Aber war der Erfolg. ich möchte mich da informieren. Es heißt die Schätzung des Verkehrsministeriums sei: wenn bei der 2. Hypothezierung mit 2 %, dann werden die inneren Anleihen so gering sein, dass nicht der Rede wert. Wenn man die 40.000 heuer mit 2 % in der neuen Währung leistet.*

*Grimm: Die Hypothezierung: erfolgt erst in neuer Währung, wenn alles feststeht.*

*Vaugoin: Ich bin aufgeklärt ich denke*

*Grimm: Der Herr Minister hat das Junktim zwischen Lebensmittelabbau und Beitragserhöhung berührt vollkommen zutreffend. Das ist ein anderes Ziel, das wir in 1 ½ Jahren erreichen. Beim Mehlpreis müssen wir immer aufgrund von Verhandlung den Moment wählen, dass die Löhne von der Industrie getragen werden können. Es werden gewiss Fälle vorkommen, da es sich nicht mit Löhnen ausdrücken lässt. Nur größere Erhöhungen werden sich im Lohn ausdrücken dürfen. Die Staatsbediensteten werden der Industrie folgen. Wir werden vielleicht geneigt sein den Beamten Zuschüsse zu geben. Man wird das dem Umfang des Abbaus anpassen. Es wird in den allernächsten Tagen ein Zusammentritt aller 3 Parteien nötig, um auf die Eisenbahner einzuwirken. Es muss von der Ersparungskommission publizistisch erörtert werden.*

*Pesta: Die Eisenbahner werden nur als Schwarzer Peter angestrichen. Sie sind die Diszipliniertesten. Sie haben sich die Bref. mit 31.12.19 geschafft und mit angesehen wie der ganze Unflat von Ernährung hinuntergeregelt ist. Die 9 Ml. von denen für die Eisenbahner um 2 ½ Ml. entfallen. Vergleichen Sie die weiblichen Bediensteten mit denen der Staatsbeamten. Wenn der FM einen geordneten Bahnbetrieb will, dann muss ich diesen Zuschuss im Mai und im Juni haben.*

*Mayr: Wir müssen abstimmen ob wir das wollen oder nicht zur Sache*

*Pesta: Nachricht vom obersten Direktor ---entweder ein Zusammenwirken. Abg. Laimer sieht nicht ein warum gerade die oberste Verwaltung aktiv ist*

*Mayr: Einverstanden, dass der Kabinettsrat zustimmt.*

*Genehmigt*

*Schwarzwald: 1) Wir nehmen an, dass einverstanden, dass die def. Note der Öffentlichkeit gegenüber etwas milder mitgeteilt wird. 2) Die Bitte. Die Delegierten zu bitten jene Herren, die sich ständig hier aufhalten werden, dass jener Herr möglichst bald hier exponiert wird. 3) Mo Nachmittag werden die Herren schon wegfahren.*

*Grimm: Dann geht es doch nicht, dass Herr Kiniser(?) wegfährt. Der ist natürlich fortgefahren.*

*Ramek: Beschlüsse am 7.12. Tiroler Landtag, Landesbank  
Pupillarqualifikation Statutänderung – beide Beschlüsse genehmigt*

*Grünberger: Vorfall. Die Ereignisse im Ruhrrevier. Telegr. Haag. 78 Wagen Weizen in Aachen festgehalten. Bis Kaution erlegt worden ist. Die Intervention ist sofort notwendig. Dass das Auswärtige Amt sofort interveniert.*

*Zugestimmt.*

MRP Nr. 79 vom 5. Mai 1921

Beilage zu Punkt 1, [Bundesministerium für Finanzen], ohne Zahl, Antwortnote der Bundesregierung auf die Vorschläge der Völkerbun delegates und das Finanzprogramm der Bundesregierung vom 5. Mai 1921 (4 ½ Seiten); Budgetäre Maßnahmen auf Grund des Finanzplanes (3 Seiten); Auszug des Neuen Wiener Tagblatts vom 1. Mai 1921 (4 Seiten)

Beilage zu Punkt 2, Bundesministerium für Inneres und Unterricht, ohne Zahl, Ministerratsvortragsauszug (1 Seite) Beschlüsse des Tiroler Landtages vom 27. September 1919 und 20. Jänner 1921, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 bzw. 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank:



Beilagen zu

MRP № 79

---

Part. 1.)



Pkt. 11) — I.



Das von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes der Österreichischen Regierung am 28. April 1921 überreichte Memorandum soll von der Regierung im Sinne des Nachstehenden beantwortet werden:

Die Regierung versteht die schriftlichen und mündlichen Darlegungen der Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes dahin, daß der seitens der Regierung vorzuliegende Finanzplan mit den vom Finanzkomitee des Völkerbundes zu organisierenden ausländischen Hilfsmaßnahmen ein einheitliches Ganzes bildet, so daß jede der vereinbarten Maßnahmen von der Durchführung aller anderen bedingt ist. Die ungeheure Anspannung der Steuerkräfte des Landes; die Ueberwälzung der vollen Lebensmittel-auf den Konsumpreise; die daraus folgende Verteuerung der Lebenshaltung; die weitgehende Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes; diese schweren Opfer kann die Regierung und das Parlament der Bevölkerung nur dann mit Aussicht auf Erfolg zumuten, wenn die übrigen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes in Aussicht genommenen Maßnahmen wirksam in Vollzug kommen und in der Tat zur Heilung des Geldwesens, zur Stabilisierung der Valuta und damit zur Gesundung der gesamten Staats- und Volkswirtschaft führen. Insbesondere wird dabei angenommen, daß für die nächsten zwei Jahre die notwendigen ausländischen Zahlungsmittel bereitgestellt werden, um die Bezahlung der Lebensmittel, welche Oesterreich importieren muß, sicherzustellen und damit sowohl die Beschaffung der notwendigen Nahrung, als auch die Entlastung des Valutamarktes sowie einen Beitrag zum notleidenden Staatshaushalt bis zur Vollendung seines Neuaufbaues sicherzustellen. Soll ferner nicht jeder ernste Finanzplan sofort nach seiner Aufstellung hinfällig und das Werk

der Valutaregulierung nicht schon im Entstehen kompromittiert werden, so müßte in möglichst kurzer Frist der Staat in die Lage kommen, mit der Inanspruchnahme der Notenpresse aufzuhören; die fortlaufende Notenvermehrung um etwa 6 bis 7 Milliarden monatlich würde sonst in wenigen Monaten die ganze Grundlage eines Finanzplanes wie einer Valutareform umstürzen. Die Regierung hält es daher für dringend notwendig und richtet an das Finanzkomitee des Völkerbundes die dringende Bitte, Mittel und Wege zu finden, um noch vor Durchführung seiner großen Finanztransaktionen die für die Beschaffung der Lebensmittel im Auslande notwendigen Kredite vorschußweise zu beschaffen, um die Notenausgabe zu ersparen.

Um den Schwankungen des Geldwertes ein Ende zu machen und die Valuta zu stabilisieren, ist Oesterreich ferner bereit, einer neuzubildenden Aktiengesellschaft, an der sich das ausländische Kapital zureichend beteiligt, das ausschließliche Recht der Notenausgabe zu verleihen, wobei eine gehörige Teilnahme Oesterreichs an der Verwaltung des neuen Institutes gesichert werden muß. Die neue Notenbank hätte die Verpflichtung zu übernehmen, den festzusetzenden Goldkurswert der Krone aufrechtzuerhalten, und zwar auch in der Zeit vor der in Aussicht zu nehmenden künftigen Aufnahme der Barzahlungen. Die Relation, die für den künftigen Goldkurswert der Krone maßgebend zu sein hat, kann nicht festgelegt werden, bevor die Durchführung der Kredittransaktionen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes, die Gründung der Notenbank und die uns zu erteilenden Vorschüsse sowie die davon abhängende endgiltige Höhe der Notenzirkulation feststehen. Die Relation ist daher späterer Feststellung, und zwar bei Gründung der Bank, vorbehalten. Die damit verbundene endgiltige Herabsetzung des jetzt noch gesetzlichen Goldwertes der Krone ist ein schweres Opfer großer Kreise der österreichischen Bevölkerung. Dieses Opfer kann nur gebracht





werden, wenn die Feststellung des Geldwertes auch wirklich definitiv und gesichert ist. Die endgiltige Festsetzung einer neuen Geldeinheit ist also von der Durchführung sämtlicher Sanierungsmaßnahmen bedingt und könnte ohne sie nicht in Aussicht genommen werden.

Zur Sicherung der ausländischen Kredite, sowie zur Sicherung der Schulden des Staates gegenüber der neuen Notenbank, welche die österreichische Notenzirkulation gänzlich als eigenes Passivum zu übernehmen haben wird, wird die österreichische Regierung, wie schon in den bisherigen Verhandlungen in London und Paris in Aussicht genommen, Einnahmen aus bestimmten Quellen zur Verfügung stellen, wofür speziell die Einkünfte aus dem Tabakmonopol und aus dem Zollgefälle gegebenenfalls auch die Einnahmen aus den Staatsforsten in Aussicht genommen werden könnten. Zur Stärkung der Stellung der Notenbank wird der Staat die ihm etwa aus der Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank zufallenden Aktiven der neuen Bank übergeben, welche ihn entsprechend dem Werte von der Notenschuld entlasten wird. Ebenso wird der Staat Bareingänge, die ihm aus der Veräußerung von staatlichen Vermögensschaften zufließen sollten, zur Rückzahlung auf seine Schuld an die Bank verwenden. Die Kontrolle über die Verwendung der verpfändeten Einkünfte sowie über die Ausführung aller übrigen Teile des vereinbarten Finanzprogrammes soll von einem aus Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes zusammengesetzten Komitee unter Mitwirkung der österreichischen Regierung oder ihrer dazu bestellten Vertreter ausgeübt werden. Außerdem ist Oesterreich damit einverstanden, den Kreditgebern eine besonders wirksame moralische und wirtschaftliche Garantie dadurch zu gewähren, daß alles unbewegliche Privatvermögen in Oesterreich mit 4 % seines Vorkriegswertes mit einem gesetzlichen Pfandrechte zu Gunsten der erwähnten Kreditgeber belastet wird, so daß der Realbesitz für Zinsen und Kapitalraten der

Sanierungsschulden subsidiär in dem Falle haftet, wenn die speziell verpfändeten sowie die übrigen Staatseinnahmen für den Dienst dieser Anleihe nicht aufkommen sollten. Dieses allgemeine gesetzliche Pfandrecht soll ohne Rücksicht auf sonstige grundbücherlich eingetragene Pfandrechte an erster Stelle stehen.

Die österreichische Regierung hat für die nächsten zwei Jahre einen Plan aufgestellt, um unter Heranziehung aller Steuerquellen und fortschreitendem Abbau der Lebensmittelsubsidien die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte herbeizuführen. Trotz weitgehender, fast an die Grenze des Möglichen reichender Anspannung wird in den nächsten Jahren ein Abgang sich ergeben, zu dessen Bedeckung weitere Kreditoperationen erforderlich sein werden. Nach der Absicht der Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes soll dasjenige, was nicht durch die Lebensmittalkredite und die Steuereingänge bedeckt oder durch Ersparungen hereingebracht werden kann, durch innere Anleiheoperationen aufgebracht werden. Oesterreich ist damit einverstanden, muß aber zu bedenken geben, daß an den inneren Kapitalmarkt mit Erfolg erst herangetreten werden kann, wenn der Kredit Oesterreichs und das Vertrauen in den Wert der Krone wieder hergestellt sind. Es ist also erst die vollständige Sicherheit der Durchführung des gesamten Finanzprogrammes zu erreichen, bevor gehofft werden kann, innere Anleihen mit Erfolg zu placieren. Andererseits wird, sobald das Vertrauen in den Staat, seine Gebarung und sein Geld mit internationaler Hilfe und unter Mitarbeit der Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes befestigt ist, es keiner Zwangsmaßnahmen bedürfen, um die österreichischen Geldbesitzer zur Zeichnung von Staatsanleihen zu vermögen. Um aber dem Finanzkomitee des Völkerbundes die verlangte möglichste Sicherheit zu gewähren, daß die erforderlichen Kapitalien auch durch inländische Anleiheoperationen

~~e. 12/1/29  
25.6.1919~~

~~e. 12/1/29  
25.6.1919~~



soweit nötig, werden aufgebracht werden, erklärt sich Oesterreich schon jetzt bereit, die Aufbringung der inneren Mittel durch eine weitere 2 %ige Vorzugshypothekbelastung des österreichischen privaten Realbesitzes zu garantieren.

Beide erwähnten allgemeine Garantiehypothecken sollen bereits auf die neue Währung lauten und damit zum Ausdruck bringen, daß sie von der vorherigen Sicherstellung der Sanierung des Staatshaushaltes und der Währung bedingt sind.

Was die übrigen von den Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes in ihrem Memorandum vom 28. April 1921 gewünschten Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Ganges der Volkswirtschaft anlangt, so ist die österreichische Verwaltung bereit, ihnen so rasch als bei Schonung der Nötleidenden möglich, zu entsprechen, zumal diese Wünsche im Ganzen der Richtung entsprechen, die die Regierung schon bisher einzuhalten sich bemüht hat.

Wien, am 5. Mai 1921.



11)

Budgetäre Maßnahmen auf Grund des Finanzplanes.

Der Plan hat zeitlich zwei Abschnitte:

A. Maßnahmen zur dauernden Ordnung des Budgets in etwa zwei Jahren und

B. Maßnahmen, welche schon im kommenden Finanzjahre 1921/22 zu treffen sind.

A.

Maßnahmen zur dauernden Ordnung des Budgets:

1.) vollständiger Wegfall der staatlichen Subventionen für Volks-  
ernährung (derzeit etwa 26 Milliarden Kronen im Jahre).

2.) Personalverfügungen verschiedener Art zum Abbau des Perso-  
nals und Eintritt des Beharrungszustandes für Personalausgaben.

3.) Einnahmensteigerungen (Angaben immer für ein Jahr):

a) direkte Steuern:

Intensivere Veranlagung (Mehrertrag 1000 Mill.K); dauernde  
Vermögenssteuer ab 1923 (500 Mill.K)

b) Zölle:

Erhöhung der Zollaufschläge zur vollen Goldparität; Mehr-  
ertrag 2000 Mill.K.

c) Verbrauchssteuern:

Getränkesteuern (nach Abschlag von Ueberweisungen an Länder  
und Gemeinden) Mehrertrag

2.000 Mill. K

Zuckersteuer 1.600 " "

Mineralölsteuer 400 " "

Zündmittelsteuer 70 " "

---

4.070 Mill. K

d) Gebühren:

Gebührensteigerungen 500 Mill. K

Eisenbahnverkehrssteuern 1500 " "

Warenumsatzsteuer 

---

1000 " "

---

3000 Mill. K





e) Tabak:

Erhöhung der geltenden Tabakpreise um 100 % (Mehrertrag  
10.000 Mill.K)

f) Salz:

Durch technische Vorkehrungen und Exportsteigerung (Mehrertrag 200 Mill.K)

g) Staatsbahnen:

Erhöhung der Personen- und Frachttarife (Mehrertrag .....  
6000 Mill.K)

h) Post-Telegraph-Telephon:

Verdopplung der gegenwärtigen Tarife (Mehrertrag 2000 Mill.K)

i) Staatsforste:

Oekonomisierung und Verbesserung der Abstockungsverträge  
(Mehrertrag 1000 Mill.K)

j) Staatliche Industriewerke:

Oekonomisierung und Beseitigung des Defizites.

4.) Die Minderung der Staatsausgaben:

Konzentration der Zentralverwaltung; intensivere Ausnützung menschlicher Arbeitskraft; der Achtsturentag soll mindestens einer wirklichen achtstündigen Arbeitszeit entsprechen. Rasche Beseitigung der zentralen Bewirtschaftung und Aufhebung aller Verkehrshemmnungen. Oekonomische Wirtschaftsführung: dauernde Ausgaben müssen durch dauernde Einnahmen gedeckt sein.

B.

Maßnahmen, die schon im kommenden Finanzjahre 1921/22 zu treffen sind.

Soweit derzeit ein Ueberblick besteht, werden die Staatsausgaben im Jahre 1921/22; 114 Milliarden Kronen betragen. Zu ihnen kämen noch 4 Milliarden als Zinsenerfordernis für neue Inlands- und Auslandsanleihen. Zusammen 118 Milliarden Kronen.

Wird angenommen, daß im Laufe 1921/22 durch Erhöhung der Lebensmittelpreise die Hälfte dieser Ausgaben, also etwa 13 Milliarden Kronen, erspart werden und daß die in diesem Jahre notwendigen Lebensmittel (30 Milliarden Kronen) aus einer Auslandsanleihe bestritten werden, so würden die in der Folge aufgezählten Steuermaßnahmen notwendig sein, um wenigstens 101 Milliarden Kronen Einnahmen zu erzielen.

Staatseinnahmen für 1921/22:

	Milliarden Kronen
1.) Voraussichtliche Einnahmen nach dem Präliminare 1921/22 . . . . .	40'0
2.) Aus dem Ankaufe von Lebensmitteln aus Mitteln der Auslandsanleihe. . . . .	30'0
3.) Ersparungen durch Erhöhung der Preise der subventionierten Lebensmittel (jetzt 26 Milliarden Kronen) . . . . .	13'0
4.) Intensivere Veranlagung der direkten Steuern . . . . .	0'5
5.) Erhöhung der Getränkesteuern. . . . .	2'0
6.) Erhöhung der Gebühren und automatische Eisenbahnverkehrssteuern . . . . .	2'0
7.) Erhöhung der Zollzuschläge. . . . .	1'5
8.) Erhöhung der Tabakverschleißpreise um 50 %. . . . .	4'5
9.) Erhöhungen der Staatsbahntarife . . . . .	6'0
10.) Erhöhung der Tarife für Post-Telephon-Telegraph . . . . .	1'5
	<hr/>
Summe:	101'0

Milliarden Kronen

Das dadurch entstehende Defizit aus:

Ausgaben . . . . .	118'0
Einnahmen . . . . .	<hr/> 101'0
Defizit . . . . .	17'0

müßte durch eine innere Anleihe bedeckt werden.





### Ein Friedensversuch des Erzöfnigs Karl 1918.

Mitteilungen des Dr. Graf.

Budapest, 30. April. (Mag. Tel.-Bureau.) Der frühere Minister des Reiches Dr. Graf macht in „Pester Lloyd“ Mitteilungen über einen Friedensversuch, den Erzöfnig Karl zu Beginn des Jahres 1918 persönlich beim Präsidenten der Vereinigten Staaten angeregt hatte, wobei Dr. Graf bemerkt, daß er zwar nicht eine vollständige und allemögliche Darstellung dieses Friedensversuches geben könne, daß ihn aber einige Aufzeichnungen in die Lage versetzen, wenigstens einige Einzelheiten mitzuteilen. Als Präsident Wilson am 12. Februar 1918 seine vier leitenden Grundzüge zur Herbeiführung des allgemeinen Friedens aufstellte, habe Erzöfnig Karl den Entschluß gefaßt, seine Übereinstimmung mit diesen Grundzügen dem Präsidenten in einer persönlichen Botschaft zur Kenntnis zu bringen. Nachdem ein geeigneter Weg hierfür ausfindig gemacht worden war, wurde die Mitteilung noch vor Ende Februar nach Washington übermittelt. Der Erzöfnig führte in seiner Botschaft aus, daß er die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundzüge akzeptiere, erklärte sich bereit, auf Eroberungen und Kriegsschädigungen zu verzichten, falls alle Staaten das gleiche tun, und bemerkte, daß, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten sich bemühe, seine Verbündeten auf dieser Grundlage zu rallieren, Oesterreich-Ungarn alles, was in seinen Kräften stehe, tun werde, um seine Verbündeten zu dem gleichen Schritte zu bewegen. Die nach einigen Wochen eingetroffene Antwort des Präsidenten ermöglichte es, den Fäden mit Aussicht auf Erfolg fortzuführen, doch wünschte der Präsident, den Standpunkt des Erzöfnigs in einigen konkreten Fragen kennen zu lernen. In seiner Antwort trat der Erzöfnig für eine mündliche Aussprache von Vertretern der beiden Staatsoberhäuptern ein, da eine schriftliche Auseinandersetzung zu unklar und langwierig wäre, und erklärte weiter, daß die Herbeiführung konsolidierter Verhältnisse auf dem Balkan auch von ihm angestrebt werde. Der Erzöfnig verwies ferner darauf, daß die territorialen Aspirationen des italienischen Staates, so wie sie im Kriege offen kundgegeben wurden, keine solchen seien, die sich mit den vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundzügen auch nur im entferntesten decken, sondern solche, die einen Eroberungskrieg charakterisieren. Diese zweite Mitteilung des Erzöfnigs an den Präsidenten Wilson sei nach Kenntnis Doktor Graf unbeantwortet geblieben.

### Die österreichische Sektion der Reparationskommission in Paris.

Paris, 29. April. (Havas.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Wie am 2. April mitgeteilt worden ist, wird die österreichische Sektion der Reparationskommission von Wien wegverlegt und in reorganisierter Form vom 1. Mai an in Paris ihren Sitz haben. Die Kommission hat heute offiziell über die neue Zusammenfassung der Sektion Bescheid gegeben. Die Ersatzdelegierten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Jugoslawiens und die Vertreter Griechenlands, Polens, Rumaniens und der Tschecho-Slowakei wurden zu Vertretern in der Sektion ernannt, wobei sie die Befugnisse, die ihnen in den den Versailler Vertrag betreffenden Angelegenheiten zugehören, behalten. Die allgemeinen Dienstzweige der Kommission in Paris werden mit allen technischen Arbeiten betraut werden, die ihrer Natur nach nicht notwendigerweise in Oesterreich ausgeführt werden müssen. Es wird daher in Wien nur ein äußerst beschränkter Teil des Personals der früheren Organisation beibehalten werden. Die Verlegung der Sektion nach Paris, die infolge des gegenwärtigen Standes der Wiedergutmachungsfrage ermöglicht wurde, wird eine sehr bedeutende Ersparung herbeiführen und gestattet die Entlassung des größten Teiles des Personals, das die Sektion bisher beschäftigt hat.

### Wesfungen.

Zu den Bettungsmaßnahmen über gewaltsame Pläne der ungarischen Regierung in der westungarischen Frage geht uns von einer den ungarischen diplomatischen Kreisen nahestehenden Seite eine Darstellung zu, worin erklärt wird, die zum großen Teil aus ungarischen Quellen stammenden Nachrichten, als ob die ungarische Regierung in Wesfungen für den Fall der Befreiung dieses Gebietes durch Oesterreich eine Aufstandsbeziehung organisieren würde, seien, wie bereits offiziell verlautbart, willkürliche Erfindungen, die zweifellos darauf abzielen, die an und für sich schwierige Stellung Ungarns noch weiter zu erschweren.

Wesfungen sei schon seit langem und auch gelegentlich der bisher gepflogenen freundschaftlichen Verhandlungen u. a. die westungarische Frage ungarischerseits den österreichischen Faktoren gegenüber kein Hehl daraus gemacht worden, daß es ein Irrtum wäre, zu glauben, als ob die Abtrennung Wesfungen vom Mutterlande und dessen Angliederung an Oesterreich reibungslos vor sich gehen würde. Es könnte wohl, so heißt es in der ungarischen Darstellung weiter, keinen objektiv denkenden Menschen wundernehmen, wenn die Bevölkerung Wesfungen trotz ihres überwiegend deutschen Charakters von der Idee der Einsetzung eines ihr schließlich doch fremden österreichischen Verwaltungsborgans und Militärs nicht besonders begeistert wäre. Ferner wird auf die balutarische Lage hingewiesen sowie auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Ernennung der westungarischen Bevölkerung ergeben würden. Daß jedoch die überwachten Meldungen von gewaltsamen Plänen tendenziös seien, möge auch daraus erhellen werden, daß die ungarische Regierung entgegen den aufgestellten Behauptungen geradezu wünscht, über Wesfungen freundschaftlich zu verhandeln.

Stopp- und Daunendecken.

# Bettfedern

### Die Erste-Maisfeier in Budapest.

Telegramm des Neuen Wiener Tagblatts.

Budapest, 30. April. Die Regierung hat den Arbeitern die Veranstaltung der morgigen Maisfeier gestattet, jedoch daran die Einschränkung geknüpft, daß keinerlei Umzüge stattfinden dürfen. Im vorigen Jahre war die Maisfeier überhaupt verboten. Morgen veranstalten die Sozialdemokraten im Tatterfall eine große Versammlung, wobei über sozialpolitische Fragen sowie über die Erweiterung der Freiheitsrechte Reden gehalten werden. Auch in der Provinz werden anlässlich des 1. Mai Versammlungen abgehalten werden.

### Der Finanzplan der Regierung.

Die vom Finanzkomitee des Völkerbundes delegierten Herren Abenol, Sir Drummond Fraser und Staatsrat Gluckstad haben, nachdem sie zunächst privatim wirtschaftliche und finanzielle Sachverständige sowie Vertreter der Regierung und der politischen Parteien angehört haben, am 25. April die offiziellen Besprechungen mit der Regierung eingeleitet.

Die „Staatskorrespondenz“ verlautbart hierüber folgende Mitteilungen:

An die Spitze ihres Programms stellen die Delegierten das Problem der

#### Sanierung der Währung.

um sowohl die Staatsfinanzen Oesterreichs als die gesamte Volkswirtschaft sicherzustellen. Zu diesem Zwecke müßte nicht allein das Defizit im Staatshaushalte beseitigt werden, um die weitere Inanspruchnahme der Notenbank

durch den Staat auszuschließen und den Papiergeldumlauf zu begrenzen, sondern es wären zugleich auch wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Papiergeldzirkulation zu fundieren und die Wechselkurse zu stabilisieren. Das Finanzkomitee hat deshalb von der Regierung die Ausarbeitung eines Finanzplanes verlangt, der durch eine Reihe schrittweise aufeinander folgender Maßnahmen in absehbarer Zeit

#### Die Sanierung des Staatshaushaltes

herbeiführen soll. Bis zu jenem Zeitpunkt, wo das Gleichgewicht im Haushalte durch die eigene finanzielle Kraft des Staates und der Steuerträger gesichert erscheinen würde, wäre der Geldbedarf, um so rasch als möglich die weitere Ausgabe von Papiergeld zu stiften, durch Anleiheoperationen zu decken. Insbesondere soll jener Teil des Geldbedarfes, der der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dient, durch

#### äußere Anleihen

aufgebracht werden, um den Valutenmarkt zu entlasten und zur Stabilisierung der Krone beizutragen. Außerdem soll ein Teil der zu beschaffenden äußeren Anleihen

#### für das künftige Notensystem,

welches die Fundierung der Notenzirkulation und die Valutapolitik übernehmen soll, herangezogen werden. Sobald die wichtigsten Maßnahmen, insbesondere die auswärtige Kredithilfe, sichergestellt erscheinen und damit eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung des öffentlichen Kredits verwirklicht ist, soll auch mit

#### inneren Anleiheoperationen

vorgegangen werden, um den Geldbedarf des Staates in der Übergangsperiode bis zur völligen Herstellung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes ganz zu bedecken.

Die Regierung hat sofort die Ausarbeitung eines derartigen Finanzplanes in Angriff genommen. Dieser wird den allmählichen

#### Abbau der staatlichen Zuschüsse

zu den Preisen der Lebensmittel, die Eröffnung neuer Einnahmequellen und gewisse Erparungsmaßnahmen ins Auge gefaßt sowie den bis zur Herstellung des Gleichgewichtes erforderlichen Geldbedarf veranschlagt. Da die Völkerbunddelegierten wünschen, daß für die Einhaltung eines vereinbarten Finanzprogramms nach Möglichkeit auch

#### politische Garantien

geboten werden, hat die Regierung die Zusage gemacht, daß sie mit allen politischen Parteien eingeleitet, um sie mit den Wünschen des Finanzprogramms bekannter zu machen und ihre Zustimmung dazu zu erlangen. Diese Verhandlungen stehen vor dem Abschlusse.

Die im Auslande aufzunehmenden Anleihen sollen, wie bekannt, auf gewissen Einkünften und Aktiven des Staates sichergestellt und unter eine besondere, von Oesterreich und den Kreditgebern gemeinschaftlich auszubühnende

#### Kontrolle

gestellt werden. Die Verhandlungen werden mit großem Nachdruck betrieben, da die Völkerbunddelegierten möglichst bald der Finanzsektion des Völkerbundes ein vollständiges, im Einklang mit Oesterreich festgesetztes Programm vorzulegen wünschen, um nach seiner Annahme sofort mit den eigentlichen Kreditmaßnahmen einsetzen zu können.

### Das Memorandum der Finanzdelegierten.

Das von den Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes im Wege des Bundeskanzlers dem österreichischen Bundesfinanzminister am 28. April übergebene

#### Memorandum

lautet: Am Schlusse der letzten Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung ist uns auf unsern Wunsch in Aussicht gestellt worden, daß ein Plan ausgearbeitet und uns übergeben wird, in welcher Weise und in welchem Tempo es möglich wäre,

Ausgaben und Einnahmen des Staates miteinander in Einklang zu bringen und so ein weiteres Defizit zu verhindern. Voraussetzung wird dabei sein, daß für den Geldbedarf des Staates in der bis zur definitiven Ordnung verstrichenen Zeit durch andre Mittel als durch Inanspruchnahme der Notenpresse vorgesorgt wird und daß eine

#### weitere Verschlechterung des Kursstandes der Krone

verhütet wird. Wir glauben in der Tat, daß die Regulierung und Sanierung der Währung das wichtigste Werk zum

#### Wiederaufbau Oesterreichs

ist. Sie allein kann die fortwährende Erhöhung der Preise verhindern, sie allein kann zu einer wirklichen Stabilisierung der Kosten des Lebensunterhaltes führen. Aber sie ist nur möglich, wenn sie nicht einem Rückschlag in die Defizitwirtschaft ausgesetzt werden kann.

Wie wir schon wiederholt hervorgehoben haben, ist der Erfolg unserer Arbeit durchaus davon bedingt, daß wir vor dem Finanzkomitee des Völkerbundes erklären können, die Durchführung der von uns im Einklang mit der österreichischen Regierung entworfenen Maßnahmen, soweit sie von der österreichischen Regierung selbst in Angriff zu nehmen und zu verwirklichen sind, sei durchaus und unter allen Umständen gesichert und werde ohne Schwanken und unter Aufbietung aller Energie erfolgen. Diese Maßnahmen werden, wie es in der Natur der Sache liegt, dem österreichischen Volke gewiß

#### empfindliche Opfer

aufzulegen; wir sind aber von der Ueberzeugung durchdrungen, daß einerseits ohne solche Opfer das allseitig ersuchte Ziel einer Sanierung Oesterreichs und seines Staates nicht verwirklicht sein kann, und daß andererseits auswärtige Hilfen so lange nicht erlangt werden können, als nicht im Auslande allgemein das Vertrauen herrscht, daß Oesterreich selbst alle seine Kräfte einsetzt, um die auswärtige Hilfe zu rechtfertigen und die definitive Heilung herbeizuführen. Da das Finanzkomitee des Völkerbundes nicht beabsichtigen kann, noch will, Oesterreich

#### unter eine ausländische Vormundschaft

zu setzen, so muß jede Gewähr dafür geboten werden, daß Oesterreich selbst die sittliche Kraft und Entschlossenheit aufbringen wird, um die Leistungen, die es seinerseits beizutragen hat, auch wirklich in der notwendigen Art und Weise auszuführen. Es wird deshalb notwendig sein, daß wir dem Völkerbunde berichten können, daß nicht allein die Regierung, sondern auch die sonstigen öffentlichen Faktoren, welche an der Geseßgebung des Landes mitarbeiten oder einen maßgebenden Einfluß auf dieselbe haben, sich für die Durchführung des Sanierungsprogramms mitverantwortlich fühlen. Ueberdies wird erforderlich sein, daß auch das private liegende Vermögen, wenn auch in einem bemessenen Umfange, dazu herangezogen wird, gewisse

#### Bürgschaften und Pfandungen

zu übernehmen, um das große Werk der Fundierung des Geldes, der Schaffung einer zuverlässigen Grundlage der Volkswirtschaft und der Sicherung der sozialen Ordnung zu ermöglichen. Wir nehmen an, daß alle Beteiligten die Notwendigkeit davon einsehen und daß die Regierung ihrerseits alles aufbietet, um uns die angebotenen Garantien zu verschaffen.

Noch bevor wir die Vorschläge der Regierung erhalten oder unseits mit dem Ergebnis unserer Prüfung hervortreten, möchten wir im nachstehenden einige Punkte formulieren, die wir vorläufig für wesentlich erachten. Wir haben eine Anzahl der hervorragendsten Kenner des wirtschaftlichen Lebens Oesterreichs gehört, und auf Grund des Gehörten und des uns sonst zugänglich gewordenen Materials wird folgendes gefordert werden müssen:

Ein sehr großer Teil des heutigen Defizits des Staates wird

#### durch die Zuschüsse

vertrachtet, die der Staat zur Beschaffung gewisser Lebensmittel für die Bevölkerung leistet. Dieser Teil des Abganges in der staatlichen Geldgebarung muß so rasch als nur irgend möglich dadurch beseitigt werden, daß die staatliche Verbilligung auf das geringste Maß, nämlich nur zugunsten der Vermissten und Hilfsbedürftigsten, eingeschränkt wird. Da sowohl die Produktivität der österreichischen Landwirtschaft selbst seit dem Kriege stark zugenommen hat, die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln im allgemeinen nicht mehr kritisch ist und auch die internationalen Verkehrsschwierigkeiten immer mehr abnehmen, muß angestrebt werden, die Beschaffung der Nahrung tunlichst rasch wieder normal zu gestalten. Wir halten es dabei nicht für wesentlich, ob der Staat allgemein den freien Handel für alle Lebensmittel wieder zuläßt oder ob er gewisse Zweige des Lebensmittelhandels aus besonderen Gründen weiterhin in der Hand behalten will. Letzteres mag in manchen Richtungen auch weiterhin als wünschenswert erachtet werden. Aber auch wo der Staat ein Monopol oder ein staatliches Wirtschaftssystem aufrechterhalten will, sei es vorderhand, um die billigste Versorgung zu ermöglichen, sei es, um Verbrauchssteuern einzunehmen, muß unbedingt in allen Richtungen das Prinzip zur Geltung gebracht werden, daß die betreffenden Artikel

#### nicht unter den Selbstkosten

abgegeben werden dürfen. Natürlich muß auch die Finanzierung eines solchen etwa als wünschenswert erachteten Handelsmonopols durch andre Mittel als durch die Inanspruchnahme der Notenpresse sichergestellt werden. Es ist selbstverständlich, daß eine plötzliche Erhöhung der Preise aller bisher vom Staat bewirtschafteten Lebensmittel auf

#### die volle Höhe der Selbstkosten

nicht möglich und nicht wünschenswert ist; aber es wird damit in energischen und schnellen Schritten vorgegangen werden müssen.

#### Der Rest des heutigen Staatsdefizits wird durch

#### neue Abgaben oder durch Erparungsmaßnahmen

bedeckt werden müssen. In dieser Beziehung erwarten wir einen detaillierten Plan der Regierung, worin die einzelnen



Erste böhmische Bettfedernfabrik Adolf Gans.

Zentrale: Wien, XVII. Ottobringergasse 48.  
Filialen: I. Tuchlauben 7a (Tuchlaubenhof),  
III. Landstraber Hauptstraße 88,  
VI. Amerlinggasse 8.

an acht böhmischer Herkunft, geschlossene Feder, Halbblumen u. Daunenn bis zur feinsten Qualität. Auch fertige Betten (Euchenten, Völler und Plumeaux) in verschiedenen Gattungen. Preisliste gratis und franco.  
Warnung vor Imitation!

# Adolf Gans

Telephone: 17359, 31599, 7546, 84458, 16521, 5678.



Maßnahmen sowie der Zeitpunkt und das Ergebnis ihrer Durchführung angeführt sein sollen. Jedem Fremden, der nach Oesterreich kommt, drängt sich sehr rasch die Wahrnehmung auf, daß in Oesterreich jene Waren und Leistungen, auf die der Staat einen Einfluß hat, zu Preisen angeboten werden, die der Geldentwertung bei weitem nicht in jenem Maß Rechnung tragen, wie dies in der übrigen privaten Volkswirtschaft der Fall ist. Unsere Studien haben dies bestätigt, denn Eisenbahn, Post, Telegraph und Genußmittel, wie Tabak, Bier, Wein und andre, tragen gegenwärtig verhältnismäßig nicht in dem Maße zu den Einnahmen des Staates bei, wie dies vor dem Kriege der Fall war.

**Die Belastung des Volkes mit neuen Steuern.**

Soweit die Ausgaben nicht auf andre Weise bedeckt oder nicht vermindert werden können, gehört zu den Opfern, die verlangt werden müssen. Wir gedenken uns nicht in das Spezielle des Steuersystems und des Ausgabenetats einzulassen, da wir wünschen, daß die österreichische Regierung darin möglichst freie Hand behalte; worauf wir aber bringen müssen, ist, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen wirklich wirksam und durchführbar sind, daß die Einnahmenerhöhung möglichst wenig neue Kosten verursache und nicht zur

**Schaffung neuer Ämter**

und Vermehrung des Personals Anlaß gebe. Ein allzu großer Teil der Staatsausgaben wird durch die Erhaltung des großen Apparats staatlicher Beamter und Angestellter verursacht. Eine allgemeine

**Herabsetzung der Gehalte und Löhne**

sowie eine sofortige Entlassung überzähliger Funktionäre zu fordern. Liegt uns fern, da dies die Not verschärfen müßte. Notwendig aber ist, daß die Schaffung neuer Ämter und Funktionen weiterhin unterbleibe, und zwar hat dieser Grundsatz nicht allein bezüglich der eigentlichen öffentlichen Staats-, Land- und Gemeindefunktionen eingehalten zu werden, sondern es ist natürlich auch darauf zu achten, daß nicht Organisationen und Einrichtungen geschaffen und vergrößert werden, welche indirekt dadurch, daß der Staat an ihnen Interesse nimmt, die öffentlichen Finanzen belasten. Wir erwarten ferner, daß wirksame Vorschriften aufgestellt werden, um die Beamten und sonstigen Funktionäre, welche in einem Zweige der Verwaltung entbehrt werden können,

**In einem andern Zweige.**

wo sie mehr von Nutzen sein können, wirksam verwenden zu können. Ferner sollten alle Mittel aufgewendet werden, um die öffentlichen Funktionäre zum Uebergang in private Berufe anzuregen und ihnen die Wahl einer neuen Beschäftigung, welche den Staat nicht belastet, zu erleichtern. Neuanstellung von Beamten ist künftig zu vermeiden, und man hat zu streben, in allen Richtungen mit dem bestehenden Beamtenkörper auszukommen. Das Wichtigste aber ist, daß dem

**System fortwährender Gehaltserhöhungen**

Jügel aufgelegt werden. Wenn nicht neue, sofort fließende Einnahmen erschlossen werden können, müßte jede Erhöhung der Beamtengehälter unterbleiben. Über selbst wenn neue Einnahmemaßnahmen möglich sind, muß man sich vor Augen halten, daß diese besser zur Vereinfachung des Schuldenstandes des Landes und zur Fundierung seiner Währung zu verwenden sind als für die Konsumauswendungen eines für die Dimensionen Oesterreichs zu kostspieligen Beamtenapparats.

Das heutige Budget des Staates ist in großem Maße belastet durch Darlehen, Vorschüsse, Kapitalbeteiligungen und Subventionen, die der Staat an neue Unternehmungen, Konsum- und Handelsorganisationen, Selbsthilfeverbände und andre private Stellen unter den verschiedensten Begründungen gewährt hat und noch gewährt.

**Dieses System muß aufhören**

und es ist der Geldbedarf solcher Organisationen auf die normalen ökonomischen Wege zu verweisen. Die auf Grund der bisherigen Bewilligungen in solcher Weise ausstehenden Staatsgelder sind so rasch als möglich aufzulüpfen und zurückzugeben.

Ein schon in der ersten Erklärung des Finanzkomitees des Völkerbundes hervorgehobenes Mittel zum Wiederaufbau Oesterreichs ist der rasche

**Abbau jener Verkehrsbeschränkungen,**

welche heute den freien Austausch mit den Nachbarländern Oesterreichs hemmen. Wir haben uns hier durch eigenen Augenschein überzeugt, wie wichtig dieser Programmpunkt ist. Um so mehr hat uns die Tatsache befreut, daß innerhalb der österreichischen Grenzen zahlreiche und sehr verschiedene Vorschriften einzelner Länder, Bezirke, ja selbst Gemeinden den freien Personen- und Güterverkehr

innerhalb Oesterreichs selbst beeinträchtigen. Die allerschwerste und gründliche Beseitigung dieser Oesterreich selbst aufs schwerste schädigenden Verkehrsbeschränkungen erscheint uns unerlässlich und eine Voraussetzung dafür, daß Oesterreich von den Nachbarländern das erlangt, worauf es zum Wiederaufblühen seiner Volkswirtschaft unbedingt angewiesen ist. Ueberhaupt ist zu wünschen, daß die behördlichen Vorschriften, welche jetzt noch den

**freien Verkehr mit Waren, Immobilien und Werten**

aller Art hemmen und beschweren, unter Bedachtnahme auf den berechtigten Schutz der wirtschaftlich Schwächeren rasch abgehabt werden, um alle produktiven Fähigkeiten und Betätigungen zu beleben, das Vertrauen und den Kredit allgemein herzustellen und dem Wiederaufbau dienlich zu machen.

Wenn alle in Aussicht genommenen Maßregeln wirksam und zu dem erwünschten Ergebnisse führen sollen, wird es notwendig sein, daß eine kooperierende Vertretung, der die Hilfsaktion organisierenden auswärtigen Faktoren und der obersten Verwaltung Oesterreichs geschaffen wird, um die Durchführung der Pläne zu sichern und für deren erfolgreiche Wirksamkeit zu sorgen. Es wird Sache der konkreten Entwürfe sein, die richtigen und wirksamen Formen für die Kooperation zu finden.

Wir sind uns dessen völlig bewußt, daß mit dem Vorstehenden der gesamten Bevölkerung Oesterreichs empfindliche Opfer zugemutet werden. Wir sind aber ebenso überzeugt, daß diese Opfer nicht allein die unvermeidliche Voraussetzung für die angestrebte

**Stille des Auslandes**

sind, sondern daß sie auch ein unentbehrlicher Bestandteil eines ernsthaften Sanierungsprogramms sein müssen, welches dem österreichischen Volke das in seiner Wichtigkeit nicht hoch genug anzuschlagende Ergebnis der Wiederherstellung guten Geldes und damit des allgemeinen Vertrauens und der gesamten Volkswirtschaft bringen wird. Ein stabiler Geldwert und damit die Beseitigung der heutigen

**iranhaftesten Spekulation,**

welche alle Teile des Volkes zu ergreifen droht, die Stützung und Anregung jeder fruchtbaren Tätigkeit, die Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredits: dies alles wünschen wir herzlich durch die Vorschläge, die wir dem Völkerbund vorlegen werden, zu erreichen. Wir sind überzeugt, daß die Regierung von der entscheidenden Wichtigkeit dieses Zieles ebenso durchdrungen ist wie wir selbst, und vertrauen deshalb, daß alle für die Geschichte des Volkes und des Staates verantwortlichen Faktoren und das ganze Volk selbst sich gern dazu aufraffen werden, alles zu tun, was dieses Ziel erreichen lassen kann. Wir bitten die Regierung, diese unsere vorläufigen Postulate in Erwägung zu ziehen, alle sonst Verufenen damit

zu befragen und bei den Vorschlägen, die sie uns zu machen gedenkt, zu berücksichtigen.

Wien, am 28. April 1921.

Glückstadt. Drummond Fraser. J. Abendol.

**Erläuterungen des Bundeskanzlers.**

Die Vertreter der Presse waren gestern in das Bundesministerium des Innern geladen, wo ihnen der Bundeskanzler Dr. Maier und die Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen Erläuterungen zur Denkschrift der Völkerbundkommission gaben. Bundeskanzler Dr. Maier ergriff zunächst das Wort, um auf den feierlichen Moment hinzuweisen, bei dem wir auf dem Leidenswege unserer Hilfsaktionen angelangt sind. Das Aide memoire der Herren Völkerbunddelegierten, sagte der Kanzler, ist der erste praktische Schritt auf dem langen Wege der Hilfsaktionen. Der Kanzler gedenkt zunächst der Tätigkeit der Reparationskommission in Wien unter Führung des hier sehr bekannt gewordenen Sir William Goodes, dem er nochmals den besten Dank ausdrückt. Die Pläne Sir William Goodes waren großartig gedacht, sind aber an den allgemeinen Verhältnissen ökonomischer Natur gescheitert, die die Durchführung eines so großen Werkes nicht ertragen haben. Die Pariser Konferenz hat mit einer vollen Negation geendet.

Wir mußten dann alle Kraft anspannen und ich danke in dieser Hinsicht vor allem der inländischen, aber auch der ausländischen Presse in den großen Zentren, daß sie uns in diesen kritischen Momenten nicht verlassen hat. Wir mußten denen, die uns helfen wollten, das Glend unseres Vaterlandes vor Augen stellen, und das hat die Presse besorgt, und nur dadurch wurde die Konferenz von London ermöglicht. Sie hatte positive Ergebnisse erzielt durch die Abstellung der Reparationen und Generalhandelskisten, die auf uns als Besiegte durch die Staatsverträge von St. Germain lasteten. Und zweitens durch die Betrauung des Finanzkomitees des Völkerbundes mit der Weiterführung der Hilfsaktion. Damit war der Beginn der Arbeiten auf neuer Grundlage in Wien gegeben. Den hierer entwendeten drei Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes möchte ich auch bei diesem Anlaß unsern verbindlichsten und besten Dank aussprechen für die wirklich große Mühe, die sie sich gegeben haben. Als praktische Geschäftsleute haben sie es verstanden, sich hier in kurzer Frist die notwendigen Orientierungen in allen Kreisen, die hieselbst von Wichtigkeit sind, zu verschaffen. Die Frucht dieser Arbeit ist zunächst, das mannehr der Öffentlichkeit übergebene Aide memoire der Völkerbundvertreter.

Die Durchführung der hier niedergelegten Vorschläge erfordert wohl noch sehr viel Zeit und schwere Opfer, insbesondere von dem leidenden Bevölkerung und Lebererinnommen, von unserer Bevölkerung, und es sind nichts anderes als Opfer, sagen wir es ruhig heraus, die von uns verlangt werden, aber notwendige Opfer als Vorbedingung für die künftige Durchführung der Hilfsaktion. Der Zweck dieser ganzen Erklärung drückt sich populär darin aus: Das Gleichgewicht in unserm Staatshaushalte, das so furchtbar verschoben ist, wieder herzustellen. Diese Beseitigung ist notwendig, um die Hauptfrage zu erreichen, die Stabilisierung unserer Währung, unserer Krone. Und ich bitte Sie, die Vertreter der Presse, diese Erkenntnis auch weiterhin zu popularisieren, daß ohne Stabilisierung der Krone — man kann über die Höhe verschiedener Anschauungen sein, was jedoch jedenfalls sich wünschen, daß sie rasch emporschnelle — eine Gesundung unsrer Staatswesens nicht möglich ist. Es ist hauptsächlich für unsre Bevölkerung für die Dauer unerträglich, zu hören, daß ringsum in den Nachbarstaaten eine Beunruhigung der Produktion derartige Wirkungen hat, daß ein Stillstand der Produktion eintritt, während bei uns hiebei gar nichts zu verspüren, sondern eine Lärerungswelle der andern folgt.

Man darf nicht mehr zögern, die schwierige Arbeit zu beginnen, und wir müssen endlich die stillige Kraft und den moralischen Mut aufbringen, selbst die schwersten Opfer auf uns zu nehmen, in der sicheren Erwartung, daß nur diese Opferwilligkeit unsern Erfolg verbürgen kann, und die Früchte unsrer Arbeit werden uns um so billiger zu stehen kommen, je mehr wir an der Hilfsaktion durch Selbsthilfe teilnehmen. Nach dem ganzen Plane, der jetzt vorliegt, soll unsre staatliche Selbständigkeit unser berechtigtes Selbstgefühl durch die Art und Weise der Kontrolle, die uns wenigstens zugesagt wird, nicht verletzt werden. Der Kanzler richtet schließlich nochmals die Bitte an die Pressekonferenz, dazu beizutragen, um das gut Begonnene zu einem guten Ende zu führen.

**Die weitere Aktion.**

Der weitere Vorgang in den Verhandlungen mit den Vertretern der Völkerbundkommission wird nun nach den Darlegungen der Ministerialräte im Bundesministerium für Finanzen Dr. Schwarzwald und Dr. Pöschner folgender sein: Auf Grund ihrer Erfahrungen, die die Delegierten der Völkerbundkommission hier gewonnen haben und die zum Teile schon in dem Aide memoire niedergelegt sind, sowie auf Grund des Finanzplanes, den unsre Regierung bis zur Abreise der Delegierten, die am Mittwoch erfolgen soll, fertigstellen wird, werden nun die Vorschläge an den Völkerbund am 10. d. erachtet werden. In dem Finanzprogramm der Regierung soll der Plan dargelegt werden, wie die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte zu erreichen ist. Durch die auswärtige Anleihe, die die Delegierten mit großer Sicherheit zu erwirken hoffen, soll zunächst das Defizit des Staatshaushaltes seine Bedeutung finden. Die Anleihe würde dazu dienen, um Lebensmittel zu verschaffen, sie würde aber auch dazu dienen, um eine neue Notenbank in die Lage zu versetzen, für eine Fundierung und Stabilisierung unsrer Währung zu sorgen. Durch die Stabilisierung der Krone würde vor allem der zu einer ungesunden Spekulation hinneigenden Disposition aller Güter ein Ende gemacht und die Bevölkerung zu produktiver Tätigkeit wieder hingeführt werden können.

**Die Gerüchte über die Notenabstimmung.**

Die immer wieder von übelwollender Seite verbreiteten Nachrichten von einer bevorstehenden Devaluierung des Geldes werden von den Vertretern der Regierung aufs schärfste dementiert; sie seien vollkommen aus der Luft gegriffen. Ministerialrat Dr. Schwarzwald fügte hinzu, keiner der

**Etablissement** ehemals Wahlhs  
**Pörschach a. See**  
hat für Mai und Juni noch einige Zimmer samt Pension zu K. 300.— pro Tag frei.

**Keine Brille mehr** ohne Augenarzt!  
Kostenlose Untersuchung der Sehkraft durch Spezialisten.  
Ordnation von 3 bis 6 Uhr täglich.  
**Karl Krejci, Optiker, Wien, I.,  
Rauhensingasse 5, Zugang Himmelfortgasse.**  
 Brillen und Zwicker mit Primaglasern von K 300.—  
Reparaturen prompt und solid.

**Teppichläufer — Achtung!**  
**10,000 Kronen Belohnung!**  
Vor Ankauf eines Perserteppichs, ca. 40 m<sup>2</sup> (Dorbent, blauer Grund, fast neu, auf einer Seite eingerissen), wird gewarnt. Dieser Teppich wurde gestern gestohlen. Bei Zustandebringung obige Belohnung.  
**Kommissionshaus Schmid, XIII. Mütteldorferstr. 214.**

**Schwimmbaderöffnung im MARGARETENBAD**  
V. Margaretenplatz (Strohbachgasse) ab 12. Mai täglich ausser Montag.

**Underwood Smith Bros. Royal X**  
wie neu, bei  
**Brennholz & Weiss, Wien, I. Stubenring 20. Telefon 18912**

**POLARFÜCHSE**  
Blau-, Weiss- und Silberfüchse  
sowen aus der Londoner Auktion eingelangt, in allen Preislagen.  
„LEIPZIGERMANN“, Wien, I., Kärntnerstr. 4, VI., Mariahilferstr. 29.

**Schreibmaschinen Bureaumöbel**  
die größte Auswahl, billigste Preise.  
**Geopold Steinhart**  
Wien, I. Döblerstraße Nr. 9.  
Telephon 4073 VIII.  
Schreibmaschinenreparaturen rasch, billig und gut.

Stuhlverhaltung: Klinische Prüfungen im Allgemeinen Krankenhauste zu Wien haben ergeben, daß mit dem „Franz Josef“ Bitterwasser ausgezeichnete lösende und abführende Wirkungen zu erzielen sind.

**Neue Sommer Kleider**  
  
**Hertzmannsky**  
Mariahilferstr. 26





gewonnen, sondern auch um die bescheidenen Männer, denen zum Wohlwollen, zum Einleben von Körper und Seele wenigstens ein oder höchstens zwei Krügel so notwendig sind wie den Frauen ein Häferl Kaffee. Daß diese bescheidenen Gemüthe so lange ausgehalten waren, gehört nach Wiener Begriffen zu den ärgsten Kriegsgreueln. Allerdings lagen zwingende Gründe für die Grausamkeit vor; wir hatten zu wenig Mais zum täglichen Brot, geschweige denn genügend Gerste und das vorhandene Getreide mußte auf trockenem Wege einverleibt werden und durfte nicht in die Brautkessel wandern. Nun aber ist die Ernährungsfrage ein bißchen entspannt und die Brautindustrie wollte die nötige Gerste aus dem Auslande beziehen. „Nein!“ sagte der Staat, der seinen Schatten von Valuta angestrichelt besitzt. Es blieb den Durstigen nichts übrig, als ihr Verlangen mit sehr teurem Bier aus dem Auslande zu stillen oder zu verzichten und sehr schüchtern an die Zeiten zu denken, in denen das köstliche Lager oder wenigstens ein „Schnitzschütz“ überall zu haben war. Das einheimische Bier aber überleben sie seinem Schicksal und den Fliegen. Das aber brachte die große Wandlung. Der Staat hat nämlich auch Durst, einen geradezu irrigen Durst nach Steuern, und er konnte ihn nicht genikend löschen, wenn er keine Biersteuern bekam, weil niemand trank. So zog er denn sein „Nein“ zurück, die Brauer dürfen Gerste kaufen, Mais erzeugen, Bier herstellen — in einigen Wochen wird wieder im Lager der Biertrinker der Sieg mit „Lager“ gefeiert werden können, wenn es nicht zu teuer ist. Ein Prost diesen braunen Reichen besserer Zeiten!

**(Expedition englischer Schneider zum japanischen Kronprinzen.)** Wie „Daily Mail“ mitteilt, wird der japanische Kronprinz, einer Einladung des Prinzen von Wales folgend, in ungefähr vierzehn Tagen in London eintreffen, von wo aus er unter fachkundiger Führung eine Studienreise nach den großen industriellen Zentren des Reiches unternimmt. Einer der bedeutendsten Londoner Schneider, William Poole, hat bereits von der japanischen Botschaft in London den Auftrag erhalten, sich ungefähr nach Gibraltar zu begeben, wo er das Schiff erwarten soll, das den japanischen Kronprinzen nach Europa bringt. Herr Poole wird auf dieser Reise von einer Anzahl seiner tüchtigsten Gehilfen begleitet sein, da der Prinz den Wunsch geäußert hat, bei seinem Aufenthalt in England nach der letzten Londoner Mode gekleidet zu sein. Auch das Gefolge des Prinzen will sich neue Gesellschaftskleider anfertigen lassen, so daß Herr Poole auf dem kurzen Wege von Gibraltar bis London ein schönes Stück Arbeit wird zu leisten haben.

**(Die Damenveranstaltungen für die Rettungsgesellschaft.)** Die Frauenvereinigung der Rettungsgesellschaft setzt ihre Tätigkeit eifrig fort, um der Gesellschaft finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen. Die Ausstellung alter Photographien und Daguerotypen im Schwarzenberg-Lasino am Schwarzenbergplatz, die täglich mit einem 5-Uhr-Lee verbunden ist, hat bisher ein Reinertragnis von 170.000 K. abgeworfen und wird deshalb bis Ende Mai verlängert. — Gestern hat die Ehrenvorsitzende des 19. Bezirkes Frau Luise Frankl-Ehrenstein einen Nachmittag mit außerordentlich musikalischen Genüssen veranstaltet. Es traten der Reihe nach auf: Kammerfänger Georg Mizil, Violinvirtuose Schneiderhahn, Burgschauspielerin Glossy, Klaviervirtuosin Gelbart-Buderkandl; ferner sangen mit nachhaltigem Erfolge Frau Clarisse Böw-Stuart, Tochter des verstorbenen Hofrates Stuart, und Frau Irene Polzer. Alle Mitwirkenden und die Veranstalterinnen wurden von den zahlreichen Gästen und der Präsidentin Frau Piener-Geböls und der Vizepräsidentin Frau Frankl-Ehrenstein lebhaft affiziert. — Für die Wäckerpendenaktion sind bisher bei den Beirerinnen in den verschiedenen Bezirken über 2000 Bücher abgeleitet worden. Diese Zahl müßte bis zu der bald erfolgenden öffentlichen Versteigerung stark vermehrt werden, weshalb das Publikum wieder gebeten wird, gut erhaltene Bücher zu spenden. Diese Bücher mögen im Palais Witzel, 1. Bezirk, Herrngasse Nr. 5, abgegeben werden.

**(Personalmeldungen.)** Der Bundespräsident hat dem Kanzleidirektor der Technischen Hochschule in Wien, Regierungsrat Dr. Edmund Richter, den Titel eines Hofrates verliehen. — Altmüller E. M. Fiehrer, der zur Freude seiner zahlreichen Verehrer von seiner Krankheit wiederhergestellt ist, feiert morgen, den 2. d., seinen 78. Geburtstag. — Herr Kurt Tibora, Sohn des Oberlandesgerichtsrates W. Tibora aus Budweis, wurde gestern in Innsbruck zum Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften promoviert. — Gestern fand die Trauung von Frein Dagmar Ledersperg, Tochter der Bestreuerin des Sanatoriums Welsch, Semmering, mit Freiherrn Anton v. Riegelstein in der Schottenkirche statt. — Gestern fand in der Dorothienkirche die Vermählung des Zahnarztes Dr. Friedrich Lunowitsch mit Frau Deli Keller, geborne Feintner, statt. — Die Vermählung des Fräuleins Elise Holzer mit Herrn Josef Kollak findet Sonntag, den 8. d., um 1/27 Uhr abends im Tempel, 1. Bezirk, Seitenstettengasse, statt.

**(Die vier K.)** Der Tod der Kaiserin Auguste Viktoria bringt einen Ausspruch in Erinnerung, den sie vor Jahren getan hat und der ungefähr lautete: Eine richtige Frau habe sich außer um ihren Mann nur um die vier K zu kümmern: Kirche, Kinder, Küche und Kleider. Diesen Grundsätze ist sie auch ihr Leben lang treu geblieben; sie hat alle kirchlichen Bestrebungen kräftig unterstützt, war der Äußersten Mission eine eifrige Förderin, hat aber auch andern charitativen Bestrebungen ihre Teilnahme nicht versagt. Die Gabe der Initiative hat sie nicht befehlen; wenn auch, wie dies in monarchischen Staaten üblich, viele wohlthätige Einrichtungen ihren Namen trugen, trat sie doch bei keiner so in den Vordergrund, wie zum Beispiel ihre Vorgängerin, Auguste, die Gemahlin Wilhelms des Ersten, bei den Volksküchen und den Schöpfungen des Roten Kreuzes. Dagegen war sie in ihrer Umgebung ungemein beliebt; sie widmete sich auch den Einzelheiten der Hofhaltung, und namentlich wendete sie dem täglichen Küchensettel ihres Gatten ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Aus Sparamietzweckheiten richtete sie im Schlosse eine förmliche Werkstätte für Schneiderei ein, in der Schöße eine förmliche Werkstatt für Schneiderei ein, in der ihre Kleider insband gehalten und modernisiert wurden und der sie ihr lebhaftes Interesse bezeugte — ein Versuch, den sie ihr lebhaftes Interesse bezeugte. — Ihre Kinder waren die Verwöhnten bekanntlich eine vorbildliche Mutter; aus den Kinderzimmern führte eine Wendeltreppe in ihre Gemächer, damit sie zu jeder Zeit rasch eintreten könne, und als der Kaiser noch als Prinz Wilhelm in Wien war und ihr eine Toilette mitbringen wollte, lehnte er das ihm vorgelegte Modell mit den Worten ab: „Nein, das kann meine Frau nicht gebrauchen; der hängen doch immer zwei Jungens an den Hals; die würden die Halsbänder und

Spitzen halb heruntergerren!“ — Als dann ihr stolzes und leichtes Kind, ein Löschchen, zur Welt kam — die jetzige Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig —, freute sie sich besonders darüber, daß sie doch jetzt auch etwas habe, „dem man etwas andres anziehen könnte als einen Matrosenanzug oder eine Uniform“. — Der Frauenbewegung stand die Verblüffene teilnahmslos gegenüber, obzwar ihre Schwiegermutter Viktoria sich bemühte, sie als junge Frau in diese wie in ihre künstlerischen Bestrebungen einzuführen. Als sie, damals schon lange Kaiserin, die Abordnung eines Frauentongresses empfing, äußerte sie freimüthig, daß sie sich nie um Mädchen-erziehung gekümmert habe, sich aber, seit ihre eigene Tochter bereits höheren Unterricht geniesse, sehr dafür interessiere. So blieb ihr als Landesmutter die geistige Not eines großen Theiles der Bevölkerung fremd. Den Wienerinnen in der Deputation riet die Kaiserin wohlmeinend, sie möchten doch trachten, ihre Erzherzoginnen für die Frauenfrage zu erwärmen. . . .

**(Wiener Kinder auf Land.)** Diese Organisation entfendet im Zusammenhange mit andern Jugendsfürsorgeaktionen eine bedeutende Zahl von Knaben und Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren zu einem sechswohigen Frühlingsaufenthalt nach dem badiischen Schwarzwald. Der Aufenthalt kostet pro Kind etwa 5000 K., wovon etwa 2000 K. die Eltern zu entrichten haben werden. Anmeldungen werden Montag, den 2. d., und Dienstag, den 3. d., von 9 bis 12 Uhr in der Schwarzwaldischen Schulkasse, 1. Bezirk, Wallnerstraße Nr. 9, von 11 bis 1 Uhr entgegengenommen.

**(Einführung der Cobenzl-Betriebe.)** Schlosshotel und Restaurant Cobenzl sind seit dem heutigen Tage bis auf weiteres geschlossen. Der Pachtervertrag, der mit dem gestrigen Tage abgelaufen ist, wurde nicht mehr erneuert, und neue Pächter haben sich nicht gefunden. Es gab zwar verschiedene Unterhandlungen, die aber zu keinem Ergebnis führten. Die Gemeinde Wien, deren Eigentum die Gründe und Anlagen auf dem Cobenzl sind, erwidert durch die Sperrung der Betriebe einen Schaden, der in die Millionen geht, da ihr außer dem Pachtzins auch die andern sehr erheblichen Einnahmen (Mietzinse, Fremdenzimmerabgabe usw.) entgehen.

**(Sämtliche Varietés.)** Kabarets, Vergnügungsorte, Tanzabteilungen und Bars halten heute Sonntag ihre Betriebe geöffnet.

**(Ein Wiener Künstler, dem eine Millionengeige geschenkt wird.)** Aus New-York wird uns geschrieben: Dem Violinvirtuosen Carlo Sabatini, der sich gegenwärtig auf einer erfolgreichen Tournee in Amerika befindet, wurde nach einem Konzert in der Carnegiehall in New-York vom Geigenmacher Julius Hornach, einem Ungarn von Geburt, eine prachtvolle Stradivariusgeige im Werte von 10.000 Dollar (das sind 6 1/2 Millionen Kronen) zum Geschenk gemacht. Sabatini, ein Wiener Kind, war Schüler der Akademie unter Hellmesberger, Grün und Buchner.

**(Lebensversicherungsgesellschaft „Atlas“.)** Wie wir von maßgebender Seite erfahren, sind die Gerichte von einem Verkauf des Atlashofes inbegriiffen. Es lag wohl der Gesellschaft ein außerordentlich hohes Angebot vor, der Verkauf des Atlashofes wurde jedoch von der Verwaltung grundsätzlich abgelehnt.

**(Veränderungen im Jagdsverehr auf der Borocitlinie.)** Ab Montag, den 2. d., wird auf der Borocitlinie an Stelle des Jages Nr. 644 (ab Hütteldorf 3 Uhr 10 Min nachmittags, ab Heiligenstadt 3 Uhr 42 Min nachmittags) Zug Nr. 642 (ab Hütteldorf 2 Uhr 30 Min nachmittags, ab Heiligenstadt 3 Uhr 2 Min, nachm.) täglich regelmäßig verkehren.

**(Die Vorgänge im Touristenklub.)** Wir werden um Aufnahme nachfolgender Zeilen ersucht: „An die Mitglieder des Oesterreichischen Touristenklubs! In der am 29. April abgehaltenen Hauptversammlung der Centrale des Oesterreichischen Touristenklubs wurde der „Arierparagraf“ mit großer Majorität angenommen. Das Ergebnis konnte keinen Eingeweihten überraschen, da der Ausschuss, der den „Arierparagrafen“ intern bereits seit längerer Zeit handhabte, in den letzten Monaten Tausende von „verlässlichen“ Mitgliedern aufgenommen hat und vom Antisemitismus, von der Frontkämpfervereinigung und ähnlichen Korporationen, die ihm hiezu die nötigen Mitglieder lieferten, tatkräftig unterstützt wurde. Der Verkauf der Versammlung war auch dementsprechend. Die Kontroledner wurden nach den ersten Worten niedergeschrien und am Sprechen verhindert, während die antisemitischen Ansätze des Herrn Dr. Walter Riehl bejubelt wurden. Nicht nur die Annahme des Arierparagrafen, sondern auch die Haltung des Ausschusses und das Benehmen der Mehrheit der Versammlung lassen es für jedes freisinnige oder jüdische Mitglied als unmöglich erscheinen, weiterhin in dem Vereine zu verbleiben. Wir fordern daher zum sofortigen Austritte aus der Centrale des Oesterreichischen Touristenklubs auf. Der Austritt ist mittels Postkarte an den Ausschuss der Centrale, 1. Bezirk, Bäderstraße Nr. 3, anzuzeigen. Das Aktionskomitee.“

**(Englischer Abend.)** Professor Mc. Caul-Smith liest aus Werken Oscar Wildes im kleinen Musikvereinsaal Dienstag, den 3. d., 7 Uhr abends. Karten an der Musikvereinskaassche, bei Rehdendorfer und Herzogaustr.

**(Die Trafikanten gegen den Hausstorschlüssel.)** Wie uns der Präsident des Reichsverbandes der Trafikantenvereine Oesterreichs Edmund Döfler mitteilt, haben sich sämtliche Tabaktrafikanten Wiens der Bewegung gegen die gefahrdrohende Einführung des Hausstorschlüssels angeschlossen. Die Trafikanten beschwerten sich mit Recht, daß durch die Einführung nicht nur die Unsicherheit im allgemeinen, sondern auch die Einkünfte bei ihren Gewerben sich unliebsamerweise vermehren werden. Durch Erteilung des Hausstorschlüssels würden die Einkünfte ihre Arbeit statt bisher nach außen, nach dem Innern verlegen, die sie dort bedeutend bequemer durchführen können.

**(Beworbenender Streik der Lackfaherwerler?)** Wie verlautet, drohen die Wiener Groß- und Kleinfaherwerler mit dem Ausstand. Sie fühlen sich durch die Sätze der Gemeinde Wien unterboten und betrachten sich daher als geschädigt. Es finden gegenwärtig Verhandlungen statt; man hofft, daß es doch noch zu einer Vereinigung der Angelegenheit kommen wird.

**(Die Prophezeiungen eines Pariser Mediums.)** In London erregen, wie die „Daily News“ melden, die Prophezeiungen eines Pariser Mediums einiges Aufsehen. Mlle. Wolf, eine der bekanntesten Erscheinungen in den internationalen Spiritistentreffen, prophezeit nämlich, daß es den Erbherrn im Jahre 1935 gelingen werde, mit Flugzeugen den Mars, Saturn und die Venus zu besuchen. Mlle. Wolf, die ihre Sitzungen auf dem Boulevard St. Germain abhält, er-

kärt, daß es ihre Aufgabe sei, die Menschheit davon zu überzeugen, daß jeder Mensch bereits auf der Erde gelebt habe und nach seinem Tode wieder in einem bestimmten Zeitraum geboren werde. Sie selbst sei zuerst eine ägyptische Königin und später Katharina von Medici gewesen. So sei sie auch in Ägypten, die Einwohner der andern Planeten zu kennen. Auf dem Saturn gäbe es beispielsweise in der Hauptsache wilde Tiere, Krotobile und Boas constrictor, dagegen befinden sich auf der Venus schöngewachsene und stolze Menschen. (Ob hier der Name des Planeten die Prophezeiung nicht beeinflusst hat, muß dahingestellt bleiben.) Besonders interessant sind ihre Vergleiche der gegenwärtig lebenden Menschen mit den Menschen der Vergangenheit. So sind nach ihren Aussprüchen folgende Menschen identisch: Baron Rothschild mit Salomon, Millnerand mit Sully, Clemenceau mit Robespierre und selbstverständlich Kaiser Wilhelm mit Attila.

**(Das Wetter.)** Amtlicher Wetterbericht vom 30. April. Die Luftdruckverteilung hat sich kaum geändert. Der tiefe Druck über dem Mittelmeer hält noch an, ebenso das unbestimmte, meist schlechte, kühlte Wetter in den Alpen. Eine gründliche Besserung des Wetters ist noch nicht ersichtlich. Voraussage: Wetter unsicher. Heute Sonntag wahrscheinlich bei teiler, tagsüber stärkere Bewölkung, Neigung zu zeitweiligem Regen mit lokaler Gewitterbildung.

**(Verusjubiläum.)** Fräulein Fanny Rubenzler, Abteilungsleiterin der Rubben- und Spielwarenfabrik Emil Pfeiffer, Wien, 7. Bezirk, Westbahnstraße Nr. 1, begeht heute die seltene Feier eines 40jährigen Arbeitsjubiläums.

**(Geschäftsmann und Steueramt.)** Es gäbe eine endlose Debatte, wenn man allen Klagen der Geschäftsleute über die Steuerämter Raum geben wollte. Vor allem beschwerten sie sich über die geradezu bunte Auffassung der Vorschriften, über die Unsicherheit der Referenten, die nicht wie früher in eigenen praktischen Kursen unterrichtet werden, sondern einfach nur die Gesetzesblätter erhalten und sich in diesen zurechtfinden müssen. Die Geschäftsleute verlieren durch diese Verwirrung viel Zeit und Geld, und man nimmt ihnen häufig das Geld gar nicht ab, das sie bezahlen wollen. Die Klagen über die Verschreibung und Eintreibung der Steuerbeträge sind zahllos. Zu letzterem Kapitel erhalten wir nun von einem Heimkehrer eine bewegliche Botschaft, welche den Stempel der Wahrheit an sich trägt und auf übertriebene und überflüssige Härten hinweist. Der Einkommensteuerzahler meldete seine Existenz ab, als er in den Krieg ziehen mußte, und seine Frau und sechs unmündige Kinder lebten vom Unterhaltsbeitrag. Nach der Rückkehr des Ernährers haute dieser mühselig seine Existenz wieder auf, konnte selten mehr erwirtschaften als einen Rudrad voll Waren, und ernährte sich und seine Familie recht kümmerlich von dem Ertrag, wie immer bestrebt, die strengsten Grundsätze der Rechtlichkeit zu wahren. Zwei Steuervorschritten über 660 und 3400 K. trafen ihn sehr hart und er brachte Refus ein mit dem Hinweis darauf, daß er so viel Geld gar nicht flüssig habe und von seinem kleinen Betriebskapital nehmen müsse. Statt der Antwort kam ein junger Exekutionsbeamter gerade in der Mittagsstunde, als mehrere Kunden im Laden waren, gab auf die Bitten des Kaufmannes barsche Antworten und schied sich vor den Zeugen zur Vornahme der Pfändung an. Dem Inhaber des Geschäftes blieb nichts übrig, als die 660 K. zu zahlen, was für ihn ein schwerer Schlag ist. Was wird er aber tun, wenn die 3400 K. fällig sind? Er fürchtet sich vor diesem Tag, der ihn ruinieren kann und will gern den Steuerbeamten seinen ganzen Betrieb zeigen. Mit Recht meint dieser Kaufmann, daß Gerechtigkeit geübt werden würde, wenn möglichst viele Steuerbeamte möglichst häufig zu den Kaufleuten und Gewerbetreibenden gehen und mehr den unmittelbaren Eindruck an sich wirken lassen würden. Auch die künftige Erleichterung für Ratenzahlungen sollte man den Steuerträgern gewähren. Sind das nicht billige Forderungen? Ein Steueramt ist nicht zur Milde da, aber es sollte mehr die Kriegsgewinner heimsuchen als kleine redliche Leute.

**(Telepathie im Detektivdienst.)** Das Wiener Institut für kriminaltelepathische Forschung veranstaltete Montag, den 9. d., im großen Konzerthauskanale einen interessanten wissenschaftlichen Experimentaltag. Regierungsrat Tartaruga wird eine Reihe unauferfärrter kriminalgeschichtlicher Mordfälle aus der internationalen Polizeichronik zum Vortrag bringen, bei denen eine telepathische Unterstützung bei der Enttarnung der unbekannteten Täter eventuell möglich gewesen wäre, und anschließend an jeden Fall wird der berühmte Wiener Telepath Dr. Thoma die äußerste Verwendungsmöglichkeit der kontaktlosen Telepathie durch Experimente darlegen. Karten an der Kongresskasse Gutmann, 1. Bezirk, Räumerring Nr. 3.

**(Beiträge und Vereinsnachrichten.)** Urania. Heute Sonntag: 1/3 Uhr, großer Saal: Von Stambul durch die Badana. 1/3 Uhr, kleiner Saal: Der Wechsel und sein Gebiet. 1/3 Uhr, kleiner Saal: Opernembleme. 5 Uhr, Klubsaal, Grete Radenbacher: Arten und Lieber. 1/2 Uhr, Kursaal, Professor Dr. Karl Haas: Wielands Oberon. 7 Uhr, großer Saal: Wiener Humor aus vergangener Zeit. 7 Uhr, kleiner Saal, Karl Jäger: Ernstes und Heiteres. 1/2 Uhr, Kursaal, Dr. Heinrich Keller: Haamontische Erzählung. IV. 7 Uhr, Klubsaal, Emmi Klein: Vorlesung eigener Dichtungen. — Volkshilfungsaktion, 1/2 Uhr, 5. Bezirk, Söbergasse Nr. 13-15, großer Saal. Aus der guten, alten Zeit. Mitwirkend: Hans Weyring (Burgtheater), Hermann Wavra (Burgtheater), Frau Dr. Pisk (Labier), Altmüner Lieder und Duette.

**(Wichtige Mitteilung für unsere Leser!)** Von einer für die Konsumenten überaus interessanten Nachricht erhielten wir soeben Kenntnis. Bekanntlich wird von den verschiedensten Kreisen immer wieder der endliche Abbau der Preise verlangt. Auch in den Tageszeitungen wird darüber viel geschrieben, leider ohne daß es jedoch bisher diesbezüglich zu mehr als frommen Wünschen gekommen wäre. Nun hat sich das Modenhaus R. W. i. e. b. a. c. Wien, 6. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 111 (Gasse Weßgasse), — kurz entschlossen — radikal an die Sache gemacht, indem es bedeutende Warenbestände des großen Lagers einer „im weitesten Sinne des Wortes“ durchgreifenden Preisreduktion unterzog, um derart den endlichen Abbau der Preise wertmäßig in die Wege zu leiten. Aus der Fülle der herabgesetzten Artikel greifen wir aus Geratewohl hier einige heraus. Ein großer Posten Reinwoll-Kleiderstoffe in allen Modedfarben, 110 Cm. breit, bisher 650 K., jetzt 476 K. pro Meter; feinsten französischer Reinwollstoff (Kammgarn-Gebild), 130 Cm. breit, bisher 1175 K., jetzt 875 K. pro Meter; Coteline, lektimobener einfarbiger Kleiderstoff, 100 Cm. breit, bisher 450 K., jetzt 292 K. pro Meter; feinste französische Reinwoll-Gabardines, 130 Cm. breit, bisher 1750 K., jetzt 1380 K. pro Meter; eine große Post Westpa-Wollstoffe, doppeltbreit, bisher 480 K., jetzt 360 K. pro Meter; eine Post feinsten französischer Seidenfoulards, herrliche Modedessins, 80 bis 90 Cm. breit, bisher 1475 K., jetzt 1150 K. pro Meter; eine Post feine Reinwoll-Blusenstoffe in aparten englischen Streifen, bisher 490 K., jetzt 368 K. pro Meter; feinste Schweizer Wolleamine, 110 Cm. breit, bisher 290 K., jetzt 185 K. pro Meter; aparte Schweizer Stickerei für elegante Sommerkleider, 115 Cm. breit, bisher 450 K., jetzt 280 K. pro Meter; feinste französische Hemdencreme, bisher 175 K., jetzt 142 K. pro Meter; Druidalcreme, herrliche Ausmusterung, bisher 195 K., jetzt K. 154.50 pro







*Pkt. 2.)*

*II*

A u s z u g

für den Vortrag im Ministerrat.

Gegenstand: < Beschlüsse des Tiroler Landtages vom 27. Sept. 1919 und 20. Jänner 1921, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von 10 bzw. 40 Millionen Kronen zur Beschaffung eines Betriebskapitals für die neu errichtete Tiroler Landesbank. >

Bemerkungen:

Das Bundesministerium für Finanzen <sup>*Lohn*</sup> hat in Angelegenheit der Aufnahme der beiden Anleihen die Notwendigkeit betont, daß zunächst Aufklärungen darüber einzuholen wären, ob für die Sicherstellung der beiden Anleihen Immobilien des Landes Tirol verpfändet worden seien, weil in diesem Falle eine Genehmigung der Anleihen seitens der Bundesregierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission nicht erfolgen könne. Andernfalls bestehe vom Standpunkte des Bundesministeriums für Finanzen gegen die Genehmigung der beiden Landtagsbeschlüsse kein Anstand. Da auch um die Zuerkennung der Pupillarqualifikation für die beiden Anleihen angesucht wurde, <sup>*wer*</sup> werde die Landesregierung <sup>*sen*</sup> aufgefordert, die Statuten der Landesbank zu modifizieren, da nur unter der Voraussetzung, daß gegen die Statuten keine Bedenken obwalten, den Landesanleihen diese Qualifikation zuerkannt werden könnte.



Antrag:

Genehmigung der beiden Landtagsbeschlüsse  
zur Aufnahme eines 10 bzw. 40 Millionen Kro-  
nen Anlehens, falls zur Sicherstellung der bei  
den Anleihen keine Immobilien des Landes  
Tirol verpfändet wurden.